

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
Verlags- und Veranlagungs-Anzeigen,

Kreisredakteur: Raut 1, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Dienstag, den 14. Juni 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Am Donnerstag wird gewählt!

Parteilgenossen, Freunde unserer Sache in Stadt und
Land! Nühet die kurze Spanne Zeit, die uns noch bis zur
Entscheidung bleibt! Seht Eure ganze Kraft ein für den
Sieg der Sozialdemokratie.

Die Kandidaten unserer Partei in Berlin und den an-
grenzenden Wahlkreisen sind:

- 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Redakteur Hugo Voeksch in Berlin.
2. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Richard Fischer in Berlin, Kreuzberg-Str. 25.
3. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Rechtsanwalt Wolfgang Heine in Berlin.
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Stadtverordneter Paul Singer in Berlin.
5. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Redakteur Robert Schmidt in Berlin.
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis:
Schriftsteller Wilhelm Liebknecht
in Charlottenburg.
Reichstags-Wahlkreis Niederbarnim:
Stadtverordneter Arthur Stadthagen
in Berlin.
Reichstags-Wahlkreis
Teltow-Beezow-Storkow-Charlottenburg:
Gastwirth Fritz Zubeil in Berlin.

Die wahren Freunde der Beamten.

Einer der beliebtesten Vorwürfe, der seitens der sogenannten
staatsbehaltenden Parteien im Wahlkampf gegen die Sozial-
demokratie erhoben wird, besteht darin, das unsere Partei
kein Herz für die unteren und mittleren Beamten habe.

Im Reich kommen namentlich die zahlreichen Unter-
beamten der Postverwaltung in Frage, deren
Gehaltsverhältnisse dringend einer Verbesserung bedürfen.

auf eine Million belaufen hätten. Dieselben Parteien, die
bereit sind, für Heer und Marine das Geld mit vollen
Händen zum Fenster hinauszuwerfen, werden plötzlich mehr
als sparsam, wenn sie den Beamten etwas gewähren sollen.

Als sich der Reichstag im folgenden Jahre mit dem Be-
föhrungsplan beschäftigte, da gingen die unteren Beamten
widerum zum größten Theile leer aus. Die Bemühungen
unseres Genossen Singer, in der Budgetkommission wenigstens
für die bedürftigsten Beamten eine Gehaltsaufbesserung zu er-
zielen, scheiterten an dem Widerstande der Regierung und
der bürgerlichen Parteien, die sich schließlich mit einer matten
Resolution begnügten, der die verbündeten Regierungen bis
zum heutigen Tage noch keine Folge gegeben haben.

Wie wenig sich ein Reichstag, in dem die Vertreter der
bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben, zu einem energischen
Schritte aufraffen kann, das haben die Etatsberatungen des
letzten Jahres wieder einmal zur genüge bewiesen. Ihre
Forderungen einfach in den Etat einzustellen und so den
Bundesrath zum Nachgeben zu zwingen, davor schrecken diese
Mannesgeelen zurück; sie halten es staatsrechtlich für bedent-
lich, wenn der Reichstag eine Ausgabe-Erhöhung beschließt,
sie schrecken vor einem Konflikt mit der Regierung zurück
und sind deshalb jederzeit zum Nachgeben bereit. Nur
dieser Feigheit der Bourgeoisie, diesem jämmerlichen Zukunfts-
griechen vor jedem Bitt von oben haben es die Beamten zu
danken, wenn sie sich noch auf Jahre hinaus mit Hunger-
gehältern begnügen müssen. Geradezu entsetzt waren die
Vertreter aller Parteien des Reichstages über den von
unserer Fraktion in diesem Frühjahr gestellten Antrag, die-
jenigen Unterbeamten, welche nach dem 1. April 1895 an-
gestellt sind, in dasselbe Anfangsgehalt zu bringen, wie die,
welche vor dem 1. April 1895 bereits angestellt waren, sowie
über den Antrag auf Erhöhung des Höchstgehalts der Land-
briefträger von 900 auf 1000 M. Selbst der freisinnige Abg.
L e n z m a n n erhob staatsrechtliche Einwendungen gegen diese
Anträge, genau so wie der Staatssekretär und die Herren
v. K a r d o r f f und G r a f v o n R o o n, und auch das Zentrum
stellte sich auf den Standpunkt, das der Reichstag kein Recht
habe, neue Ausgabebetitel in den Etat einzustellen. Gegenüber
diesen leeren Ausreden klingt es fast erfreulich, wenn der
konservative Redner ganz offen den Grundsat pflöckamirt, das
die Fürsorge für die Beamten in erster Linie Sache der Re-
gierungen und erst in zweiter Linie Sache des Reichstages
sei. Da wissen sie, das die Konservativen es überhaupt ablehnen,
ihre Interessen zu wahren. Die Herren sind wenigstens ehr-
lich, sie speien die Beamten nicht mit schönen Redensarten
ab, wie die übrigen bürgerlichen Parteien.

Wie alle unsere Anträge, so wurde auch der bei der Be-
rathung des Gesetzentwurfs wegen anderweiter Vermessung der
Wittwen- und Waisengelder von unserem Genossen S t a d t h a g e n
gestellte Antrag auf Erhöhung des Minimalpans für eine
pensionsberechtigte Wittve von 216 auf 450 M. gegen die
sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt, obwohl gleichzeitig die
Wittwenpensionen der höchsten Beamten von 1600 auf
3000 M. erhöht wurden.

Schon diese wenigen Thatsachen dürften zur Genüge be-
weisen, wer die wahren Freunde der Beamten sind. Dinge
es nach unserem Willen, so würden die Beamten sich in einer
auskömmlichen und unabhängigen Lage befinden; dann würde
auch nach ihrem Tode für ihre Wittwen und Waisen in aus-
reichender Weise gesorgt werden. Mögen die Unterbeamten
sich bei der Regierung und bei den bürgerlichen Parteien be-
danken, wenn sie sich heute bei angestrengtester Thätigkeit mit
largem Lohne begnügen und trotzdem in die Zukunft blicken
müssen! Solange die Post, ebenso wie die Staats-Eisenbahnen,
in erster Linie als Institut für fiskalische Plasmacherei be-
trachtet werden, so lange die Ueberflüsse der Betriebsverwal-
tungen dem Militarismus und Marinismus geopfert
werden, solange wird an eine wirkliche Aufbesserung der Be-
amten nicht zu denken sein; im Gegentheil, das lärgliche Gehalt,
das die Beamten beziehen, müssen sie zum guten Theile in Form
von indirekten Steuern wieder dem Staate zurückzahlen. Und diesen
Zuständen wird nicht eher ein Ende gemacht werden, als bis
an stelle der heutigen Interessenvertretung eine wirkliche
Volksvertretung die Majorität des Reichstages bilden wird.

Aber nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für
die politische Unabhängigkeit der Beamten ist
die Sozialdemokratie jederzeit warm eingetreten. Die Be-
handlung der Unterbeamten seitens ihrer Vorgesetzten, die
Mißregelungen gegen den Assistentenverband, die Verbote,
sich an Versammlungen zu betheiligen, in denen Regierungs-
vorlagen abfällig kritisiert werden, die Versuche auf Einschränkung
des Petitionsrechts der Beamten sind von keiner Partei
so scharf getadelt worden, keine Partei hat sich so sehr der
Beamten angenommen, wie die unserige. Ab und zu hat ja
mohl auch ein bürgerlicher Abgeordneter seiner Mißbilligung
Ausdruck gegeben, aber gerade den schwersten Fällen gegenüber
haben sie sich in Schweigen gehüllt, um es nicht mit der Regierung
zu verderben. Gegen die Versuche, die Beamten zu willen-
losen Subjekten ihrer vorgelegten Behörden zu machen, hat

nur die sozialdemokratische Partei stets Protest erhoben, nicht,
wie es ihr vorgeworfen wird, um Sonderinteressen zu be-
folgen, sondern weil sie die einzige Partei ist, die un-
bekümmert um die Gunst oder Mißgunst der Regierung das
thut, was sie für richtig erkannt hat, die sich aller Aus-
gebeuteten und Unterdrückten annimmt, mögen sie nun in
Privatbetrieben oder im Staatsdienst beschäftigt sein.

Nicht auf Seiten derjenigen, die stets das große Wort
im Munde führen, aber im entscheidenden Moment es an
energischem Handeln fehlen lassen, sondern auf Seiten der-
jenigen, die ihre Lage nach jeder Richtung hin bessern und
ihnen eine menschenwürdige, unabhängige Existenz sichern wollen,
sind die wahren Freunde der Beamten zu suchen.

Wahlkampf.

Die Nationalliberalen und das Reichstags-Wahlrecht.
Das die Nationalliberalen im Grunde ihres Herzens keine Freunde
des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind,
dafür liegt ein neuer Beweis vor in dem Leitartikel der „National-
zeitung“ vom letzten Sonntag. Zwar behauptet das Blatt, das
allgemeine Wahlrecht, seit es verfassungsmäßig zu recht besteht, als
unantastbar gelte, aber schon wenige Zeilen hinterher werden die
Nachtheile des Wahlrechts in den schwärzesten Farben geschildert.

„Aus mancherlei Gründen ist es gekommen, das die Wahl
aus dem Wesen des allgemeinen Stimmrechts und der immer
häufigeren Zusammenziehung der Parteien durch die Wahlkomitees
heraus ihre moralische Bedeutung, ihren erziehenden Einfluß ver-
loren hat. Die Tendenz unter den Wählern schiebt es nur zu
lebhaft, das sie von jeder bedeutsameren Theilnahme an der Er-
nenennung der Kandidaten durch die Wahlleiter der Partei aus-
geschlossen sind, und das ihnen nichts übrig bleibt, als für den
Parteilandidaten zu stimmen, auch wenn er ihnen nicht genehm
ist. Das allgemeine Stimmrecht setzt den Werth
und den Einfluß der einzelnen Persönlich-
keit schon auf den niedrigsten Grad herab.
Die Stimme des Verstandigen wiegt nicht
schwerer als die des Einfältigen; die Stichwahl
aber erfordert noch überdies Opfer nicht nur der Ueberzeugung,
sondern oft genug des politischen Anstands, die viele zur Wahl-
enthaltung zwingen. Frühere Wahlbewegungen halfen inbesseren
durch die Prinzipienfragen, die zur Entscheidung standen, durch
die Aufrüttelung des ganzen Volkes aus dem Eintrick des Al-
tagsdaseins, durch den Appell an die thätige Mitwirkung eines
jeden, wie in den ersten lebhaften Jahren, dann in den Jahren
1887 und 1893, über diese Mängel hinweg. Es galt die Sicher-
heit des Vaterlandes, die Verstärkung unserer Rüstung, die Ver-
meidung einer staatsgefährlichen Krisis; das Volk wurde zur Ent-
scheidung aufgerufen und zugleich das Bewußtsein seiner Verant-
wortlichkeit geweckt.“

Diese Worte beweisen zur Genüge, das selbst die auf dem linken
Flügel der Nationalliberalen marschierende „National-Zeitung“ bereit
ist, das bestehende Wahlrecht zu opfern, und das die von dieser
Seite drohende Gefahr nicht geringer ist, als die von den Konservativen
drohende. Das sonstige an der ganzen Sache ist nur, das sie zu der
Ueberzeugung von der Haltlosigkeit des Wahlrechts nicht etwa durch
die sonst von ihr so sehr bekämpfte sozialdemokratische, sondern durch
die agrarische Agitation gelangt ist, deren gewissenloses Treiben den
diebstahligen Wahlkampf auf das Niveau schändester und in ihrer
Mißthatlosigkeit für unsere Entwicklung verhängnisvollster Eigen-
schaft herabgedrückt habe. Was sagen die Nationalliberalen Möller,
Paasche, Friedberg und Konsorten, die alle die Livree des
Bundes der Landwirthe angezogen haben, zu dieser abfälligen Kritik
ihrer Agitation? Der ganze Artikel zeigt von neuem, das es mit
Partei „Dreißigste“ zu Ende geht und das selbst diejenigen, die
sich bisher noch nationalliberal nannten, nichts mehr wissen wollen
von einer Partei, deren einziges Prinzip darin besteht, das sie kein
Prinzip hat, und die so lange mit all und jedem geflöhelt und ge-
schmeichelt hat, bis sie sich schließlich dem Wunde der Landwirthe auf
Gnade und Ungnade ergeben mußte.

Auf zu den Stichwahlen!
Nieder mit der Sozialdemokratie!
Hinweg mit dem Freisinn!

Die Regierung hat schon jetzt ihre Flugblatt-Entwürfe für die
Stichwahlen bereit. Sie hat in der Druckerei von S t a h l, Morz-
grafenstraße 66, Probe-Flugblätter herstellen lassen, wobei, wie
nur so üblich, die Angabe des verantwortlichen Redakteurs fehlt.
Wir bedürfen solcher Formalitäten weniger und der überbeschäftigte
Staatsanwalt hat ja auch dafür kein weiteres Interesse. Für uns
ist Graf Posadowsky für die Flugblätter verantwortlich. Das eine
Flugblatt richtet sich gegen die Freisinnigen, das andere gegen die
Sozialdemokratie; der Faden ist derselbe, nur die Nummer ist eine
verschiedene. Uns ist zugeschnitten auf eine Stichwahl zwischen
Konservativen und Sozialdemokraten. Hier werden alle Parteien
ohne Unterschied — auch die Freisinnigen — aufgerufen zur Sammlung
gegen die „rothe Fahne“, wenn damit auch für manchen Wähler
ein nicht leichtes Opfer an seiner Ueberzeugung zugemuthet werde.
Auch das „Ansehen des deutschen Parlaments“ glaubt das konservative
Flugblatt wahren zu müssen gegen die „würdelose Manier“ der
Sozialdemokratie. Um vor dem Umsturz grüßlich zu machen, ist der
Ausspruch des Genossen S i n g e r zitiert, nach dem die Sozialdemo-
kratie jeglichen Erfolg nur als „eine Wegzehrung auf dem
Vormarsch zur Vereitigung der bestehenden Gesellschafts-
ordnung selbst“ ansieht. Aber nicht immer ist der Genosse
S i n g e r so schlammig. In anderen Flugblatt, wo es gilt
dem Freisinn ein Mandat abzuringen, ercheint er in einem viel
rosigeren Lichte. Dort heißt es: „Im Reichstage hat selbst der
Sozialdemokrat S i n g e r das weiße Wort gesprochen: In sozial-

Politischer Hinsicht traue ich schließlich dem Bundesrat noch mehr zu, als der freisinnigen Partei. Auch in diesem Flugblatt wird der Wähler aufgefordert, parteipolitische Rücksichten und persönliche Willkür bei seiner Wahl zu lassen und sich für den Kandidaten zu entscheiden, der die Interessen des Reiches am besten zu vertreten vermag.

Was doch Graf Pofadowsky alles kann!

Stöcker oder Liebschütz

Laute die Parole, die der Neumerauschlag der vereinigten Konservativen, christlich-sozialen und deutsch-sozialen Reformpartei herausgegeben hat. Diesen Sammelbänden fällt es augenscheinlich sehr schwer, ihre Flugblätter noch rechtzeitig vor der Wahl an den Mann zu bringen. Sonntag machten einige Mannschaften Stöcker'scher Observanz den hohen Norden des VI. Kreises mit den Erläuterungen der Vaterländischen Verlagsanstalt unsicher.

In den Flugblättern findet sich nur alles, was das Gewöhnliche ist. Die Sozialdemokratie ist wasserlos, treibt geschäftliche Agitation. Allein der unbefohlene Mißbrauch der roten Gewalt seitens der Sozialdemokratie habe die Regierung auf dem Wege einer volkfreundlichen Sozialpolitik aufgehalten und der Stimmgebung des reaktionären Bürgers v. Stumm Gebot verschafft, welcher, wie jeder weiß, der bitterste Gegner des Herrn Hofprediger Stöcker ist und zwar wegen des letzteren „christlich-sozialer“ Richtung. Die Sozialdemokraten beschimpfen alle patriotisch und königstreue gesinneten Staatsbürger als Hurohannale und heuchlerische Nordpatrioten und schon in die Herzen der Kinder wollen sie das Gift des Hasses gegen König und Vaterland einträufeln. Die Sozialdemokratie stimmt gegen das Vörsengesetz, nur aus Liebe zu dem ausbeutenden Juden- und dem blutausaugenden Jobberthum. Die Sozialdemokratie stimmt gegen die Krankenversicherung, gegen die Unfallversicherung, gegen die Alters- und Invaliditätsversicherung, sowie gegen das Arbeiterschutzgesetz. Die sozialdemokratische Partei ist die Vertreterin der schrankenlosen Selbstsucht und der brutalsten Tyrannei. Liebschütz ist der alte Republikaner, der Franzosenfreund, der Feind des Vaterlandes, der Freund der Juden und Judengenossen.

Also heran, ihr Wählermassen, und wählt am 16. Juni den alten bewährten „Bruder in Christo“, der, wie es in dem Flugblatt weiter heißt, nicht von Haß und Selbstsucht geleitet, sondern nur aus „Bruderliebe“ und der „Liebe zur Gerechtigkeit“ zu Euch spricht. Schade ums Geld, das für die „christlich-konservativen“ Wahlzettel ausgegeben wurde. Die Wähler des sechsten Kreises werden am 16. Juni für die Freiheit, mit der man ihnen zumutet, für einen Stöcker einzutreten, klipp und klar Antwort erteilen. Die in fast allen gegnerischen Flugblättern wiederkehrenden Bezeichnungungen, die über unsere Partei ausgeföhrt werden, sowie die schamlosen Lügen, mit denen die allseitig im Volke anerkannte Thätigkeit unserer Abgeordneten in den Parlamenten hinweggedisputiert werden soll, wird uns nur noch neue Schären zuföhren. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß nach alle dem, was bisher an Gemeinheit während des Wahlkampfes von diesen „christlichen“ Helden geleistet wurde, ähnlich wie in den Jahren 1881 und 1884, so auch am 16. Juni jene fragwürdigen Gestalten mit den Aufschriften „wählt keinen Juden“ an der Volksmühle zum Gaudium der Strahenjünger die Kandidatur Stöcker's, dieses von „Bruderliebe“ und „Gerechtigkeit“ tiefenden Mannes, zu retten suchen. Apropos! Die noch sehr jugendliche Tochter eines Arbeiters erkundigte sich am Sonntag, nachdem sie ein Stöcker-Flugblatt gelesen hatte, bei ihrem Vater danach, ob dieser Stöcker derselbe Mann sei, „der Ewald noch niemals gesehen habe“. Darauf zu erwidern ist der Hofprediger a. D. Hirschfeld bekannt und der 16. Juni wird ebenfalls jugendlich davon ablegen, daß man in Arbeiterkreisen Herrn Stöcker noch nicht vergessen hat, der als Politiker von jeder die jämmerlichste Rolle gespielt hat.

Ein „vertrauliches Schreiben“ des Vorstandes der freisinnigen Volkspartei für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis

wendet sich an die Geschäftsinhaber, welche Angestellte beschäftigen. Es heißt darin:

„Sehr geehrter Herr! Unser ergebendes Ersuchen, wie auch bei früheren Wahlen uns auch bei dieser am 16. d. M. stattfindenden Wahl eine Anzahl Ihrer Angestellten zur Verfügung zu stellen, haben Sie bisher noch nicht beantwortet.“

Die Angestellten sollen hier also von ihren Chefs abkommandiert werden, um den freisinnigen Herren, die selbst zu bequem dazu sind, die Wahlarbeiten abzunehmen. Im übrigen haben wir die Beurteilung der Angestellten am Wahltag nicht zu fürchten, die größte Anzahl von ihnen ist längst davon überzeugt, daß sie gegen ihr ureigenstes Interesse handeln würde, wenn sie sich als Schleppe für die freisinnigen benutzen ließen. Das Schreiben, unterzeichnet von Herrn D r e m e s, klingt in folgenden wehmütigen Worten aus:

„Ich möchte nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß wir gerade bei dieser Wahl auf Ihre gütige Unterstützung gerechnet haben, weil der Wahlkampf sehr schwer sein wird, und die Bestärkung nicht von der Hand zu weisen ist, daß, falls nicht ganz energisch unsererseits gearbeitet wird, auch dieser letzte Wahlkreis den freisinnigen verloren gehen wird.“

Dafür werden unsere Genossen im ersten Wahlkreise sorgen.

Eine unwillkürliche Wahrheit

sprach der konservative Kandidat Dr. Gorbunow in seinem Vortrage gelegentlich der Besprechung der Freizügigkeit aus. Das Land entvölkere sich, alles ziehe nach den Städten, die Fabriken saugten die Arbeitskräfte aus (statt auf). Allgemeine Geistesleil!

Auch ein freisinniger Magistrat.

Der Breslauer Magistrat hat mehreren Zeitungen das amtliche Verzeichnis der Wahlbezirke als Beilage gegeben und dafür die übliche Vergütung gefordert. Da die „Volkswacht“, unser Parteiorgan in Breslau, es im Interesse der sozialdemokratischen Wähler für sehr wünschenswert hielt, daß auch diesen Kenntnis gegeben würde von der Einteilung der Bezirke, den Wahllokale u. s. w., so ersuchte sie den Magistrat, ihr ebenfalls die Beilage zur Verteilung an ihre Leser zusammen zu lassen, verzichtete dabei im Interesse der Sache ausdrücklich darauf, eine Gebühr für diese Verteilung zu beanspruchen. Der Magistrat aber lehnte das Ersuchen unseres Blattes ohne Angabe von Gründen einfach ab!

Auch diese Freisinnigkeit wird den Sieg der Sozialdemokratie in Breslau Ost und West nicht hindern! —

Beinträchtigung des Versammlungsrechts.

Eine Versammlung unter freiem Himmel (auf dem Hofe des Schuhmachers Beigel) war zum verfloffenen Sonntag nach Neu-Trebbin (Kreis Niederbarnim) einberufen, nachdem die schriftliche Genehmigung zur Abhaltung dieser Versammlung vom Amtsvorsteher ordnungsmäßig erteilt war. Zahlreich waren aus Neu-Trebbin und der Umgegend Erwerbstätige der verschiedensten Art als Besucher erschienen. Als Referent war Dr. Friedberg anwesend. Er sollte jedoch nicht zum Wort kommen, denn kaum war die Versammlung eröffnet, so erklärte der Gendarm: Kraft meines Amtes löse ich die Versammlung auf. Die Angabe eines Grundes für die Auflösung lehnte er ab, wiederholte, daß er kraft seines Amtes die Versammlung auflöse und drohte, von seiner Waffe Gebrauch zu machen falls nicht schleunigst der Hof geräumt würde. Die Versammelten, denen durch diese Polizeithat so recht deutlich zu Gemüte geföhrt wurde, wie es im „Rechtssaal“ Freuchen aussieht, entfernten sich mit dem Versprechen, am 16. Juni die Antwort durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels und kräftige Agitation bis zum 16. Juni zu geben. Die durchaus unberechtigte Auflösung wirkte recht agitatorisch. Folgende ungelegene Auflösungsgründe giebt es im Gebiete des preussischen Vereinsgesetzes nur folgende 4: 1. Die Versammlung beginnt später als eine Stunde nach dem in der Anzeige angegebenen Beginn; 2. die Bescheinigung über die erfolgte Anzeige kann nicht vorgelegt werden;

3. es werden in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten; 4. in der Versammlung erschienenen Gewaffnete (oder zu einer Sitzung eines politischen Vereins erschienenen „Frauenspersonen“, Schüler oder Lehrlinge) werden trotz der Aufforderung des überwachenden Polizei-Beamten nicht entfernt. Kein einziger dieser Auflösungsgründe lag vor. Es wird beabsichtigt, den Beschwerdeweg bei der vorgelegten Verwaltungsbehörde zu beschreiten und eventuell die Entscheidung über die unberechtigte Auflösung im Verwaltungs-Streitverfahren herbeizuföhren. Ferner soll gegen den Gendarmen die zivilrechtliche Klage auf Entschädigung der Unkosten angebracht werden; erschwert ist dieser Weg dadurch, daß der Kompetenzkonflikt erhoben werden kann. Endlich soll die strafrechtliche Verfolgung wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt beantragt werden. Diese ist dadurch außerordentlich erschwert, daß die Gendarmen in Preußen der Militärgerichtsbarkeit unterliegen. Die neue Militär-Strafprozess-Ordnung, für die die Freisinnigen stimmen, hält die Militärgerichtsbarkeit für diese Polizeibeamten aufrecht. Das Ideal jungerlicher Vereinsfreiheit, nach dem die Vereinsfreiheit vom Belieben eines Gendarmen abhängt, ist in Deutschland noch nicht erreicht. Wieviel Kriegsschiffe wären wohl nach Haiti geschickt, wenn dort in ähnlicher Weise Rechte Deutscher gekränkt wären. Selbstverständlich bildet diese Versammlungslösung einen Grund zur Wahlentscheidung. Wären die Genossen noch eifriger als bisher in Anknüpfung an diesen und ähnliche Vorfälle es sich angelegen sein lassen, von Mund zu Mund aufzuklären, wie nötig ein sozialdemokratischer Stimmzettel am 16. Juni auch gegen polizeiliche und militärische Bevormundung in Deutschland ist.

Gesetzkundiger Regierungspräsident.

In Kassel haben unsere Parteigenossen sich beschwerdeföhrend an das Ministerium des Innern gewandt, um gegen die fortgesetzt unrechtmäßig erfolgten Beschlagnahmen von Flugblättern Abänderung zu fordern. Darauf ist vom Regierungspräsidenten folgende Antwort eingetroffen:

Auf die an den Herrn Minister des Innern gerichtete, an mich zur Verfügung gelangte telegraphische Beschwerde vom 2. d. M. eröfne ich Ihnen, daß die Landräthe des Bezirkes angewiesen worden sind, in Zukunft von einer polizeilichen Beschlagnahme sozialdemokratischer Wahlflugblätter abzusehen, sofern die Verteilung innerhalb der Häuser und nicht entgegen der Polizeiverordnung vom 31. Dezember 1896 (Amtsblatt 1897 Nr. 1) auf öffentlichen Straßen und Plätzen erfolgt und sofern nicht der Inhalt der Flugblätter einen gesetzwidrigen Grund zur Beschlagnahme bietet.

Nach dem klaren Wortlaut des § 43 der Gewerbe-Ordnung kann die Polizeiverordnung vom 31. Dezember 1896 während der Wahl keine Anwendung finden. Es wäre dringend nötig gewesen, daß Herr v. D. Rede vor Ausschreibung der Wahlen seine Regierungspräsidenten, Landräthe und Gendarmen auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam gemacht hätte. Aber ein preussischer Polizeiminister hat so viele Sorgen, daß man solche Unterlassungen wohl begreift, besonders wenn man — Sozialdemokrat ist. —

Die Arbeiterwochenarten

gelden am Tage der Reichstagswahl im gesammten Stadt- und Ringbahn-Bezirk ausnahmsweise ohne Zeitbeschränkung. Eine dahingehende sehr verständige Anordnung hat die Berliner Eisenbahn-Direktion getroffen. Es wird dadurch einer größeren Anzahl von Arbeitern auf dem Lande und in den Vororten erleichtert, bereits vormittags oder mittags ihr Wahlrecht auszuüben. Es ist zu wünschen, daß von dieser Möglichkeit reichlicher Gebrauch gemacht wird, damit der Andrang in den späten Nachmittagsstunden und die Behinderung der Ausübung des Wahlrechts durch den bereits um 8 Uhr päntlich stattfindenden Schluß des Wahlaktes vermieden wird. Die Parole sei:

Frühzeitig die Stimme abgeben!

Von der Agitation.

Der letzte Sonntag vor den Wahlen ist von unseren Parteigenossen noch tüchtig ausgenutzt worden, um unsere Flugblätter unter die Massen zu bringen.

In Berlin haben die Genossen des ersten Wahlkreises 30 000, die des fünften Kreises 40 000, und die des sechsten Wahlkreises 200 000 Flugblätter in der gewöhnlichen, prompten Weise verbreitet. — Auch im Kreise Teltow-Weeslow und in Niederbarnim fand eine Flugblattverbreitung statt.

Eine besonders rege Agitation haben in Berlin die organisierten Gastwirtsgehilfen unter ihren Vereinsgenossen, den Köchen, Kellnern, Hotelbedienten u. a. anlässlich der Reichstagswahlen entfaltet. Der Gastwirtsgehilfe, in dem durch besondere Artikel auf die Bedeutung der Reichstagswahl für die gastwirtschaftlichen Angestellten hingewiesen ist, ist in einer Auflage von 9000 in Berlin und anderen Städten verbreitet worden. Für Berlin sind außerdem 10 000 Flugblätter angefertigt worden, die zum Teil in den Gastwirtschaften verbreitet, zum Teil durch Konverten der Gastwirts-Angestellten zugeföhrt wurden. Aus den Wählerlisten des 1., 3. und 5. Wahlkreises sind 1487 wahlberechtigte Gastwirtsgehilfen herausgezogen worden; davon zufallen 309 auf den ersten, 308 auf den dritten, 781 auf den fünften Wahlkreis. Diese haben außer den Flugblättern auch bereits ihre Stimmzettel zugestiftet erhalten. — Am Mittwoch Nachmittag 3 Uhr findet in der Zehnhallen eine Versammlung der Angestellten im Gastwirts-gewerbe statt, in der Gen. Liebschütz über das Thema: Was fordern die Gastwirtsgehilfen vom nächsten Reichstage? sprechen wird. Auch unter den Bäcker- und Arbeiterkategorien, die ähnlich der oben bezeichneten Arbeiterkategorie, fast keine Gelegenheit haben, sich sonst politisch aufzuklären, ist in gleicher Weise agitiert worden. Auch hier sind 6000 Flugblätter in der oben angegebenen Weise verbreitet worden. Mit demselben Eifer haben sich auch die Kaufleute der Agitation gewidmet, ihre Zeitschriften und Flugblätter sind in tausenden von Exemplaren hinausgeschickt worden.

Im Wahlkreise Oberbarnim fanden am Sonntag und Sonntag fünf Versammlungen statt. In Strausberg und Stobbe Referent Bruns. Für Deegemühle und Schöpfung hatte Genosse Koblentz das Referat übernommen und in Neu-Trebbin sprach Genosse Frieberg. Die Agitation auch in diesem Wahlkreise wird von unseren Genossen auf das eifrigste betrieben.

In Waltersdorf, einem Ort im Wahlkreise Teltow-Weeslow-Storkow, Ionkshitz am Sonntag der Amtsvorsteher Schmittlager die Flugblätter, die unsere Parteifreunde verteilten. Durch die energische Intervention unserer Genossen bequeme sich schließlich der Herr zur Herausgabe, trotzdem er im Laufe des Gesprächs sehr entschieden äußerte: „Was ich bestimme, das gilt!“

In einer abergläubigen Versammlung referierte am Sonntag Genosse Sassenbach in Wittenberge. Am Sonntag sprach Dr. Wehl in Woggin, einem Dorf mit ausschließlich bäuerlicher Bevölkerung, unter lebhafter Zustimmung.

In Drossen (Neumark) fand am Sonntag eine stark besuchte Versammlung statt, in welcher der Kandidat des Kreises Sternberg, Gen. Jahn, über die bevorstehende Reichstagswahl referierte. Die Versammlung, überwiegend von Kleinhandwerkern, Geschäftsleuten und kleinen Landwirthen besucht, lieferte den erfreulichen Beweis, wie sehr der Sozialismus in diesen Kreisen bereits Eingang gefunden hat. Die Aussichten für unsere Partei sind trotz der lebhaften Agitation der Konservativen und Antisemiten äußerst günstig; auch werden uns jetzt überall Lokale zur Verfügung gestellt.

Der Wahlkampf in Essen. Ist schon der Wahlkampf im Essener Kreise durch die Protestkandidatur des Genossen Schröder zu einem eigenartigen Geschehen, so tragen verschiedene Umstände dazu bei, die Wahlschlacht bei uns noch merkwürdiger zu machen. Zunächst hat sich eine Partei der „Parteilosen“ gebildet, deren Namensgeber Herr Dr. Viktor Riemeyer ist und als dessen Kandidat der Großkapitalist K u n p aufmarschiert. Also eine Partei der „Parteilosen“ stellt einen Kandidaten auf, dessen wirtschaftliche Stellung gar keinen Zweifel darüber läßt, daß er der brutal-kapitalistischen Partei angehört. Man schämt sich, wie früher Krupp als national-liberal-konservativen Politiker zu empfehlen, da dieser um allen Kredit beim

Volke gekommen ist. Interessanter wird unser Fall aber noch dadurch, daß der „Allg. Beobachter“, ein Organ, das sich immer den Ansichten befonderer Arbeiterfreundschaft gab, seitens für den Gewerkschaftsgegner und Vereinsrechtsfeind Krupp eintritt und die Arbeiterpartei bekämpft. Auch die evangelischen Arbeitervereine Essens sind mobil gemacht für die Wahl Krupp's, haben gemeinsam beraten und agitiert stamm für den Kanonensänger. Dies ist ja auch nach Schönstedt'schem Recht den staatsrechtlichen Verneinung gesiattet. Das besondere Merkmal des hiesigen Wahlkampfes ist die Wahlmache, die von der Krupperei betrieben wird. Da die Herren Venner, Jenke und Genossen selbst keinen Anhang im Arbeiterstande haben, so werden einfach Vertrauensleute bestimmt. Und da es Krupp'sche Arbeiter sind, so müssen sie. So konnte es kommen, daß z. B. in einer neulichen „Sitzung der Vertrauensleute für Krupp“ der Vorsitz einem als Ulliamontane bekannten Arbeiter aufgedrungen wurde.

In einer sehr gut besuchten Versammlung in Bernburg sprach am Sonntagabend, den 11. d. M., Schriftsteller Paul Hirsch-Charlottenburg. Redner kritisierte scharf die Stellung der gegnerischen Parteien und unterzog ein im Wahlkreise herausgegebenes, von Ligen und Gemeinheiten strotzendes national-liberales Flugblatt einer eingehenden Kritik. In der Diskussion forderte ein freisinniger Parteifreund auf, Mann für Mann für den Sozialdemokraten Abrecht und gegen das politische Mädelchen für alles, den national-liberalen Professor Dr. Friedberg, zu stimmen. Die Versammlung verlief musterhaft.

In Widaun sollte am Sonntag Genosse B. Stolle, der Kandidat des Kreises, in drei Versammlungen unter freiem Himmel sprechen. Er konnte dies aber nur in Marienthal und Schönewitz. In Oberhohendorf wurde aus verschiedenen Gründen das dazu bestimmte Gartengrundstück des Tagedewitzer Konsumvereins beanstandet und die Versammlung von der Amtshauptmannschaft verboten.

Reichstags-Kandidaturen.

Das Zentrum hat im zweiten hannoverschen Wahlkreise Wilhelmshafen Dr. Lieber als Pöhlkandidaten aufgestellt.

In Leipzig ist die Kandidatur Ludhardt von der Bildfläche verschwinden. In einer Antisemitenversammlung erklärte der Buchhändler Ludhardt, daß er mit den Ansichten des antisemitschen Kandidaten Hädicke völlig übereinstimme und deshalb von seiner Kandidatur entbunden zu werden wünsche. Ein Dr. Lange war auch sofort in der Lage, für den Vorstand des samoben Unabhöngigen Reichstags-Wahlvereins die Erklärung abzugeben, daß er mit dem Kandidat Ludhardt's einverstanden sei. Er ersuchte dann auch seine Freunde, bei der Wahl für Hädicke zu stimmen.

In Wiesbaden ist vom Zentrum Dr. Pösch aufgestellt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. Juni.

Der Brief des Reichskanzlers. Bekanntlich wurde vor einigen Wochen ein Brief des Reichskanzlers veröffentlicht, in welchem er für die Kandidatur des Prinzen Schönaich-Carolath, des rothen Prinzen in Suben, eintrat. Darob großes Entsetzen bei den Konservativen und Agrariern, die statt des Prinzen Carolath einen Reaktionären vom reinsten Wasser und treues Bundesmitglied, den Landrath a. D. von der Heydebrand und der Lasa in den Reichstag wählen wollten, und schmutzstracks brachte die „Kreuz-Zeitung“ eine berichtigende Aufklärung, wonach der Kanzler nur deshalb für den Prinzen Carolath eingetreten sei, weil er sich in dem Glauben befunden habe, sein Gegner sei nicht Herr v. Heydebrand, sondern ein Sozialdemokrat. Es stellt sich nun heraus, daß die „Kreuz-Zeitung“ von einem Unberufenen auf den Leim gelockt und elend hineingefallen ist. Auf eine Anfrage des Prinzen Carolath hat nämlich der Reichskanzler in einem aus Paris, 10. Juni, datirten Telegramm dem Prinzen mitgeteilt, daß die „sogenannte Berichtigung“ der „Kreuz-Zeitung“ von einem Unberufenen herröhre und dem Herrn Reichskanzler von der ganzen Berichtigung nichts bekannt gewesen sei, als er den Vorgang durch den Prinzen Carolath erfahren habe. Der Herr Reichskanzler benachrichtigte ferner den Prinzen Carolath, daß er seinem an den Prinzen seinerzeit gerichteten Briefe nichts hinzuzuföhren habe, und er ermächtigt den Prinzen Carolath ausdrücklich, Brief wie Telegramm zu veröffentlichen. Die „Berichtigung“ war also ein Wahlmanöver zu gunsten des ultra-konservativen Gegenkandidaten des Prinzen Carolath, nämlich des Herrn v. Heydebrand, ein Manöver, das wie jede Lüge kurze Beine hat.

Jetzt, wo das plumpe Wahlmanöver an den Tag gekommen ist, sind die Konservativen doppelt entriistet. Der „Reichsbote“ verlangt energisch, daß der Reichskanzler sich nicht noch einmal derartige Saperge erlaube. Es sei ein völlig ungereimter Zustand, wenn die Regierung fortwährend von der konservativen Partei Unterstützung verlangt gegen die Freisinnigdemokratie und der erste Beamte der Regierung Briefe an freisinnige Abgeordnete schreibt, um sie zur Aufstellung ihrer Kandidatur gegenüber einer konservativen zu ermutigen und sogar die Erlaubnis giebt, diesen Brief zur Wahlklame zu benutzen. Was solle die Nation schließlich noch denken, wenn der Vizepräsident des Staatsministeriums für eine Politik der Sammlung auffordert und der Stellvertreter des Reichskanzlers Graf v. Pofadowsky einen Brief als Programm der Regierung veröffentlicht, welches der Freisinnspolitik stracks entgegensteht — und der Ministerpräsident und Reichskanzler sich gleichzeitig mit diesem Briefe auf die Seite eines Freisinnigen gegen einen Konservativen stellt! Eigenthümlich ist es ja, daß Herr Miquel die Sammlungspolitik predigt und daß der höchste Beamte des Reichs in dieser Weise gegen einen Sammlungspolitiker, einen Mann nach dem Herzen Miquel's, agitirt. Aber bei der „Einheitsfront unserer Regierung“ ist bei uns alles möglich. —

In der Thomasmehl- Angelegenheit hat nun endlich die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe das Wort ergriffen. Um den Kern der Sache aber geht sie in ihren Ausführungen geschickt herum, während sie die nebensächlichen Punkte aufs ausführlichste schildert. Wir können es ihr nachfühlen, daß sie die Veröffentlichung der Verträge recht unangenehm empfindet, aber mit dem bloßen Geschimpfe darauf, daß die Thomasmehlwerte die kaufmännische Anstandsspflicht verlegt und Vertragsverbindungen ohne Einverständnis der Gegenpartei der Öffentlichkeit übergeben hätten, ist die Sache nicht abgethan. Freilich drückt die Korrespondenz nunmehr den Briefwechsel des Bundesvorstandes mit der Rheinisch-Westfälischen Thomasmehlfabrik ab und weckt dadurch den Anschein, als ob die Bundesführer ein durchaus reines Gewissen haben. Sieht man aber genau zu, findet man, daß das, worauf es ankommt, keineswegs klargestellt ist. Ob der Bundes-Vorstand den Werken den höheren Lieferungspreis vorgeschrieben oder ob die Werke eine derartige Offerte angeboten und die Bundesleiter dieselbe angenommen haben, ist völlig gleichgültig, steht es doch nach wie vor fest, daß der Vorstand seine Mitglieder von den abgeschlossenen eigenartigen Verträgen nicht in Kenntnis gesetzt hat. In seinem eigenen Interesse hätte der Bundesvorstand einfach hierauf eine klare Antwort geben

folle; wenn er das nicht thut und statt dessen wie die Rahe um den heißen Brei um die Hauptfrage herumgeht, so wird er die Folgen selbst zu tragen haben. Wie bebenlich es übrigens schon innerhalb des Bundes der Landwirthe kracht, ergibt sich daraus, daß Dr. Dertel, der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, in einer Zuschrift an das „Leipziger Tageblatt“ ausdrücklich erklärt, er habe mit der Thomaspfahlsache nicht das Allermindeste zu thun, sowie daraus, daß die Bundesmitglieder Nehern in Samel- sprünge und Busse in Bisinghausen sich in geharnischten Er- klärungen gegen die Bundesleitung wenden. In Schutz ge- nommen wird der Bundesvorstand nur noch von der „Post“, der „Staatsbürger Zeitung“, dem Stöcker'schen „Volk“, der „Deutschen Tages-Zeitung“ und der „Kreuz-Zeitung“ — eine Bundesgenossenschaft, für die sich anständige Leute bedanken würden. —

Der österreichische Reichsrath ist vertagt. Aus Wien kommt folgendes Telegramm:

Der Ministerpräsident richtete an die Präsidenten der beiden Häuser des Reichsrathes gestern eine Zuschrift, in welcher auf Grund eines Auftrages des Kaisers die Vertagung des Reichsrathes ausgesprochen wird.

Graf Thun hat also die Plinte ins Korn geworfen und verzichtet zunächst darauf, auf parlamentarischem Wege eine Lösung der Krise zu erreichen. Noch vor kurzem hatte die Regierung die Hoffnung, den Sessionsabschnitt wenigstens mit einem Scheinerfolge schließen zu können. Die Wahl eines Sprachen- ausschusses hätte, wie die Dinge stehen, zwar im Augenblick kaum zu ersten Friedensverhandlungen geführt, wohl wäre wenigstens der Boden gegeben gewesen wäre, auf dem in ruhigeren Zeiten vielleicht eine Anknüpfung ermöglicht werden konnte. Aber dem Grafen Thun, der so gerne die Deutschen beruhigen wollte, mangelte jenes Minimum an Einsicht und Kraft, um zu hindern, daß man von oben neuerdings Gel ins Feuer goß. Die schnoddrige Sprache, die der Kriegs- minister in den Delegationen führte, als er die Rastung von einigen Duzend Reserve-Offizieren zu vertreten hatte, die Auflösung des Grazer Gemeinderathes, der gegen diese Annahme protestirte, zudem die Ernennung Gleispach's, badenitischen Angedenkens, zum Oberlandesgerichts-Präsidenten in dem ohnehin so erregten Graz — das waren grobe Fehler, die der Obstruktion neuen Wind in die Segel gaben. Alle Rügen der Regierung, zu zeigen, daß das Parlament nicht ausschließlich zur Verwilligung neuer Steuern bestimmt sei, blieben umsonst und die Linke verzweigte sogar die Behandlung einiger ebenso vernünftiger als dringender Regierungsvorlagen auch nur im Ausschusse zuzulassen. Dienstag sollte Graf Thun die Inter- pellation wegen der Auflösung des Grazer Gemeinderathes beantworten. Er wich vor einer von Schönerer arrangirten Pärzigne zurück und verschob die Verantwortung „auf die nächste Sitzung“. Wann diese nächste Sitzung nun stattfinden wird, weiß kein Mensch. Nun hat man Herrn Gleispach auf längeren Urlaub geschickt. Aber das kommt zu spät. Das Parlament ist unfähig zu leben und Graf Thun ist, wie sich gezeigt hat, nicht der Mann, der es selbst nur zu einem Scheinleben galvanisiren könnte.

Er hat auch auf diesen mäßigen Erfolg verzichtet, indem er es vertagte. Der Rest ist § 14, das heißt die Regierung ohne Parlament, der Absolutismus als Lückenbüßer. Nun wird es Verordnungen regnen: das Budget vor allem wird extortirt werden, ja man spricht davon, daß die Regierung es wagen werde, sogar neue Steuern auf diesem Wege zu verordnen. Was weiter werden soll? Es ist der völlige Bankrott des Scheinparlamentes und des Privilegienparlamentes. Der einzige vernünftige Ausweg wäre ein wirkliches Parlament, eine wirkliche Volksvertretung. Wenn von bürgerlichen Blättern eine Auflösung des Abgeordnetenhauses in Aussicht gestellt wird, so beruht diese Annahme auf völliger Unkenntnis der Verhältnisse. Erstens wird sich Graf Thun hüten, in diesem Jubiläumjahr des österreichischen Jammers eine Wahlbewegung zu entfesseln, und zweitens könnte sie ihm nichts Anderes bringen als ein Haus, in dem alle radikalen Elemente, nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Radikalliberalen in stärkerer Zahl aufmarschiren würden. Eine Regierung kann Neuwahlen anordnen, um eine Majorität zu gewinnen, aber wählen zu lassen, wenn man ohnehin eine Majorität hat, aber das Reich hat, mit der Minorität nicht fertig werden zu können, wäre ganz zwecklos. Um Oesterreich aus dem kläglichem Sumpfe zu retten, müßte schon gründlichere Arbeit gethan werden. Aber vorläufig fürchten die österreichischen Staatsmänner das Heilmittel noch mehr als das Uebel.

Während so fast jede Aussicht geschwunden ist, den Aus- gleich mit Ungarn parlamentarisch zu erledigen, arbeiten die

beiderseitigen Quoten-Deputationen, die den Vertheilungs- schlüssel der Reichsausgaben feststellen sollen, mit thierischem Ernste ruhig weiter. Aber auch bei diesem Wandern zieht Oesterreich gegenüber Ungarn ebenso den Kürzeren, wie es im Ernstfalle thun würde.

Dazu wird gemeldet: Die österreichische Quoten-Deputation hat eine Note von 61 1/2 zu 88 1/2 vorgeschlagen, die ungarische Deputation erklärt, diesen Antrag nicht annehmen zu können, und wünscht bei der Be- rechnung der Quote die Ausscheldung der in beiden Staaten nicht gleichartigen Abgaben.

Der drohende Staatsstreik in Italien. Aus Rom wird uns geschrieben: Wir stehen vor dem Staatsstreik! Während die wahre Meinung der Mehrheit des Volkes nicht zur Geltung kommen kann, sondern unterdrückt wird, wagt das offizielle Blatt „L'Italia“ folgendes zu schreiben:

Es ist überaus schön, welche immensen Fortschritt die Idee eines Staatsstreikes in unserem Lande gewonnen hat. Ueberall spricht man davon wie von einer absoluten Not-wendigkeit, und sucht nach dem Manne, der im Stande ist, ihn durchzuführen. Als einziger Rettungsanker für alle Freunde der Freiheit bleibt nur noch — der König. Der Staatsstreik wird aber nicht durchgeführt werden, denn das Haus Savoyen wird seinen Eid schwören nicht brechen. Aber die öffentliche Meinung ist reif und bereit, zu dieser brutalen Maß- regel zu greifen.

Und nachdem gesagt ist, daß das Land zu dem Parlamente kein Vertrauen habe, heißt es dann weiter:

Sehen die Deputirten ihre Obstruktionspolitik gegen das Kabinett Rudini fort, so werden sie damit immer mehr in die Reihen jener treiben, denen das parlamentarische Regiment anti- pathisch ist und die ein Ende zu machen wünschen. Das ist kein Staatsstreik; wird das Ministerium Rudini gestürzt, so findet sich ein anderes, aber man arbeitet indirekt immer mehr darauf hin, daß die öffentliche Meinung gegen das parlamentarische System sich kehrt.

Diese ganze Schreiberlei soll offenbar nur den Zweck haben, die Opposition einzuschüchtern, sie zu veranlassen, für alle reaktionären Gezeje zu stimmen. —

Internationale Juckerkonferenz. Aus Brüssel wird tele- graphirt: In der Sonabend-Sitzung fand zunächst ein Meinungs- austausch darüber statt, zu welchem Zeitpunkt die Bestimmungen, die eventuell das Ergebnis der Beratungen der Konferenz sein werden, in Kraft treten sollen. Nach- dem mehrere Delegirte sich dahin geäußert hatten, daß solche Bestimmungen erst für die Kampagne 1899/1900 in Kraft treten sollten, wurde die Weiterberatung dieser Frage vertagt. Der Präsident stellte dann fest, daß die auf der Konferenz vertretenen Staaten eine Lösung der Frage der Abschaffung der Ausfuhrprämien wünschen und daß in dieser Beziehung unter den Delegirten Einmüthigkeit herrsche. Der erste Delegirte Frankreichs, Senator Sébline, gab hierauf einen Ueberblick über die Lage der Zuckerindustrie und der Zuckerindustrie in Frankreich. Aus der Erklärung Sébline's schloß man, daß die französische Regierung geneigt sei, auf die direkten Prämien zu verzichten; in betref der inneren Regimes glaubte Sébline aber bezüglich des Abfertigungsbetrages formuliren zu sollen, worauf der Präsident bemerkte, wesentlicher Zweck der- konferenz sei, das Prinzip der Aufhebung der Prämien durch eine internationale Entente anzuerkennen. —

Reichseinnahmen. Für das Etatsjahr 1897/98 sind im Deutschen Reich nach dem Centralblatt für das Deutsche Reich folgende Einnahmen (einschließlich der kreditirten Beträge) an Zölle und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern sowie andere Einnahmen zur Aufschreibung gelangt:

Zölle 472 015 800 M. (gegen das Vorjahr + 8 216 151 M.), Tabaksteuer 12 830 018 M. (+ 888 958 M.), Zundersteuer und Zu- schlag zu derselben 96 084 012 M. (+ 6 115 801 M.), Salz- steuer 47 079 120 M. (+ 822 120 M.), Raifschottisch- und Branntweinmaterialsteuer 23 806 678 M. (+ 3 195 039 M.), Verbrauchs- abgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 121 903 730 M. (+ 1 513 962 M.), Brennsteuer 1 168 087 M. (+ 335 885 M.), Brau- steuer 31 039 843 M. (+ 1 853 368 M.), Uebergangsabgabe von Bier 3 906 274 M. (+ 100 200 M.), Summe 810 404 857 M. (+ 9 857 446 M.), Stempelsteuer für a. Wertpapiere 14 968 744 M. (+ 121 009 M.), b. Kauf- und sonstige Ankaufsgeschäfte 13 728 803 M. (+ 502 547 M.), c. Loose zu: Privatlotterien 2 803 940 M. (+ 783 649 M.), Staats- lotterien 16 371 026 M. (+ 76 063 M.), Spielartenstempel 1 534 195 M. (+ 28 149 M.), Wechselstempelsteuer 9 947 029 M. (+ 700 054 M.), Post- und Telegraphenverwaltung 324 783 297 M. (+ 25 044 038 M.), Reichs-Eisenbahn-Verwaltung 75 515 174 M. (+ 3 631 882 M.). Die zur Reichskasse gelangte Hi-Einnahme, abzüglich der Ausfuhr- vergütungen und Verwaltungslosien, beträgt bei den nachbezeichneten Einnahmen für das Etatsjahr 1897/98: Zölle 440 008 152 M. (+ 7 248 908 M.), Tabaksteuer 12 121 277 M. (+ 303 457 M.), Zundersteuer und Zuschlag zu derselben 84 255 440 M. (+ 8 907 743 M.), Salzsteuer 47 298 888 M. (+ 894 692 M.), Raifschottisch- und Branntweinmaterial- Steuer 18 901 217 M. (+ 2 682 781 M.), Verbrauchsabgabe von Branntwein und Zuschlag zu derselben 100 380 780 M. (+ 1 151 403 M.), Brennsteuer 670 145 M. (+ 331 287 M.), Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 29 607 226 M. (+ 1 066 376 M.), Summe 733,862 925 M. (+ 1 905 731 M.). — Spielartenstempel 1 448 518 M. (+ 24 072 M.).

gerade glimpflich behandelt, und seit jenem Tage war es wieder so erregt auf den Straßen, als ginge Berlin einer neuen Revolution entgegen.

Heute vor 50 Jahren, am 14. Juni, sollte es dann zur Explosion kommen. Schon am Morgen füllten große Menschenmassen die Straßen, und bald ereigneten sich denn auch allerlei Zwischenfälle. Aus den Portalen des königlichen Schlosses wurden mehrere soeben erst angebrachte eiserne Gitter ausgedrückt, nach der Universität gebracht und den Studenten zur Aufbewahrung übergeben. Am Brandenburger Thor stieß die Bürgerwehr mit einer Schaar von 30-40 Arbeitern zusammen, die mit einer rothen Fahne, auf der geschrieben stand: „Republik der brotlosen Arbeiter“ in die Stadt marschiren wollten. Die Bürgerwehr trieb sie auseinander, mehrere wurden dabei verwundet und gefangen genommen. Auch anderwärts wurde, ohne daß dies besondere Folgen hatte, die Republik aus- gerufen. Einige in Alle hergerichtete Vorräthe wurden zerstört.

Gegen Abend bildete den Mittelpunkt der Bewegung das Zeug- haus, in dem neben den Waffensammlungen und den in den preussischen Kriegen erbeuteten Fahnen und Geschützen mehrere Tausend Infanteriegewehre neuester Konstruktion sich befanden. Im Innern fand eine Kompanie Linienmilitär, während die Straßen- freuten des Gebäudes von einigen Abtheilungen Bürgerwehr besetzt gehalten wurden.

Man rief bereits laut nach Bewaffnung des Volkes und dachte dabei an die im Innern des Zeughauses aufgeschleppten Waffen- vorräthe. Da geschah das immer wiederkehrende unvermeidliche „Mißverständnis“. Angeblich aus einem Volkshaufen fielen zwei blinde Schüsse — denen sofort eine Salve aus den Reihen der Bürgerwehr antwortete. Mehrere aus den Reihen des Volks lagen todt am Boden. Sofort ertönte jetzt Kampfeslärm, es pflanzte sich durch die Straßen fort, und bald wälzten sich neue Volksmengen heran, um den bedröhten Weibern Hilfe zu bringen. Mehrere Läden von Waffenschmiedern, die Waffensammlungen der Theater wurden erbrochen, und bald ging man zum Angriff auf das Zeughaus über.

Die Bürgerwehr-Abtheilungen genigten nicht zur Abwehr der Angreifenden. Bald waren Thüren und Fenster eingeschlagen, und die Menschenfluth strömte in das Innere des Gebäudes. Der im Innern befindliche Hauptmann v. Ragner zog sich mit seiner Kompanie in das obere Stockwerk zurück. Einige Volkshüter wie Korn, Eisler, Löwison, auch ein in der Menge befindlicher preussischer Leutnant Tschow verhandelten mit dem Hauptmann. Die aus- gerufenen Gerichte wurden verbreitet: die Republik sei bereits in der Stadt proklamirt, der König geflohen, die Truppen hätten die

Das Thomaspfahlsache (Geschäft) und die „Kreuz- Zeitung“. Endlich hat auch die fromme „Kreuz-Zeitung“ für das famose Thomaspfahlsache-Geschäft Worte gefunden, aber nicht etwa, um das Geschäftsgedanken der Bundesführer zu verurtheilen. Das kann man von dem Blatt, in welchem noch der Geist des seligen Hammerstein umherweht, nicht erwarten. Kein, das Organ der Junter und Juntergenossen erklärt einfach, daß es nur deshalb die Sache todtschweigend habe, weil es das Geschäftsvorgehen des Bundes nicht kenne; aber in demselben Athemzuge fügt es hinzu, daß es sich wesentlich um ein Wahlmanöver der Anti-Agrarier handle. Und doch hätte es die „Kreuz-Zeitung“ leichter als irgend ein anderes Blatt gehabt, sich bei den Pöbel, Ruffia und Nonforten über den Sachverhalt zu informieren. Vielleicht hat sie auch Erkundigungen eingezogen, die aber so ausgefallen sind, daß die „Kreuz-Zeitung“ sie lieber nicht veröffentlicht, um ihre Freunde nicht bloß zu stellen, und deshalb thut sie so, als ob es sich nur um ein „Wahlgeschäft“ der Rinken handle. Gewiß, die Linke und namentlich die Sozialdemokratie, wird aus den Veröffentlichungen über die Geschäftspraxis der Thomaspfahlsache Nutzen ziehen, und sie wird damit ein recht gutes und weder moralisch noch strafrechtlich zu verurtheilendes Geschäft machen, das ihr weit mehr einbringt, als das Thomaspfahlsache-Geschäft den Bundesführern eingebracht hat und künftig, besonders am 16. Juni noch einbringen dürfte. —

Aus Beamtenkreisen erhalten wir folgende Zuschrift: Seit zirka Jahresfrist besteht ein Verband der Grenz- und Steueranfseher, dessen Hauptorgan die „Revue“ ist. Der Verband nebst Hauptorgan erfreut sich natürlich der größten Antipathie der vorgelegten Behörde. Nicht zum wenigsten haben hierzu die im vorbenannten Organ er- schienenen Klagen und Beschwerden von Steueranfsehern beigetragen. Zum Ueberflus reichte der Vorstand des Verbandes in vorjähriger Landtagsession eine Petition ein, welche eine Vesserstellung der Grenz- und Steueranfseher erstrebte.

Die Behörde hat seitdem alle erdenklichen Mittel angewandt, den Verband zu sprengen und damit auch das Hauptorgan, die „Revue“, unschädlich zu machen. So sind, wie wir vor einiger Zeit berichteten, die Vorstandsmittelglieder v. Gruchalla und v. Ludwig, alte, im Dienst ergante Leute, die schon viele Jahre im hiesigen Amte thätig waren, unplotschlich „im Interesse des Dienstes“ nach der Provinz versetzt worden. Das neueste auf diesem Gebiete ist kürzlich beim Hauptsteueramt für ausländische Gegenstände in Berlin zur Anwendung gekommen.

Wie alljährlich, so ist auch in diesem Jahre eine namentliche Liste derjenigen Beamten einzureichen, welche würdig sind, eine Remuneration bezw. Unterstützung zu beziehen. Die Würdigs- erachtung scheint in diesem Jahre auch davon abhängig zu sein, ob der Auszuwählende dem Verbands angehört bezw. ob er Leser der „Revue“ ist oder nicht. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß nur aus diesem Grunde mit verschiedenen Steueranfsehern (nicht allen) eine Verhandlung aufgenommen worden ist, welche folgende Einleitung hat:

Verhandelt Berlin, den . . . Der Steueranfseher . . . der auf die Folgen von univaren Aus- gaben aufmerksam gemacht worden ist, besagt, ob er einem der Verbände, insbesondere dem „Verbande der Grenz- und Steueranfseher für das Königreich Preußen“ angehöre, bezw. wenn er aus demselben aus- geschieden sei, giebt zu Protokoll . . . (folgt Auszug).

Leider mußten viele Familienväter, die bei ihrem krieglichen Ge- halte im Interesse ihrer Angehörigen auf die Unterstützung nicht verzichten konnten, ihr gutes Recht gegen ein Unfengericht in Gestalt von 30-50 M. verlangen. Diese Art dürfte auch zur „Sammlung“, von der jetzt so viel die Rede ist, beitragen, aber nicht im Sinne der Herren v. Miquel und v. Pöhlmann: die Grenz- und Steueranfseher werden sich unter den obwaltenden Umständen wohl unter dem Banner der Sozialdemokratie sammeln und am 16. Juni mit dem Stimmzettel in der Hand energisch Protest gegen diese — Art er- heben. —

Der ärmste Nationalliberalismus. Herr v. Fischer, Bürger- meister von Augsburg, hat in Vayreits seine Kandidatenrede ge- halten. Er erklärte: „Ich habe niemals als eingeschriebenes Mit- glied der nationalliberalen Partei angehört — aber trotzdem bin ich „national“ und „liberal!“ Nun hat er während der sechziger Jahre lange der nationalliberalen Fraktion des Reichstags angehört, aber — die Nationalliberalen werden sich wundern, es zu hören — als „eingeschriebenes“ Mitglied nicht.

Nächstens wird wohl von den Herren festgesetzt werden, daß es eine freie Gesichtsführung ist, wenn behauptet wird, daß es eine nationalliberale Partei gegeben hat; all' die sogenannten Herren waren schon vor Herrn Pöhlmann und nichts als Wähler. —

Zehn Millionen Mark zahlt die preussische Regierung für die Palast- und Eisenwerke an die berühmte Firma Stambien u. Weyer. Eine solche Verstaatlichung lassen sich so liberale Herren gerne gefallen.

Die Hungerpeitsche — eine heilsame Wirkung. Die Direktion des Georg-Rarien-Vereins, der durch die Schließung seiner Bergwerke ca. 1000 Bergleute brotlos machte, erhielt vom Vor- sitzenden des „Vereins zur Wahrung der bergbau- lichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dori- mund“ folgendes Glückwunsch-Telegramm:

„Ich erhielt die Mittheilung, daß Ihre Generalversammlung die sofortige BetriebsEinstellung des Piesberger Bergwerks be- schlossen habe. Von dieser leider unvermeidlich gewordenen Maß-

Der Zeughaussturm in Berlin.

In Berlin war seit den stürmischen 1848er Märztagen bis zum Frühommer die Ruhe nicht mehr zurückgekehrt. Seit der zweiten Hälfte des Mai war die preussische Nationalversammlung zusammengetreten, aber die auf sie gesetzten Hoffnungen, daß sie bald eine Verfassung zu Stande bringen werde, die dem Volke den verlangten Antheil an der Regierung verschaffen sollte, hatte sie nicht erfüllt, und es hatte überhaupt den Anschein, als ob allerlei reaktionäre oder zum mindesten stark schwankende politische Charaktere in der Nationalversammlung eine entscheidende Rolle spielen. Auch verbreiteten sich mancherlei Gerüchte, daß, gestützt durch den mittlerweile aus England zurückgekehrten Prinzen von Preußen, eine Kontrerevolution vorbereitet werde. In der That wurden denn auch aus den Berliner Arsenalen heimlich die Waffen fort- geschafft, und es gelang dem Volke mehrfach, mit Gewehren und Munition beladene Kähne abzufahren und die Ladung ins Zeughaus zurückzubringen. Einmalig wurde das Verlangen laut, daß sich das Volk, um etwaigen reaktionären Gelfasten entgegenzutreten zu können, bewaffnen müsse. —

Am 8. Juni wurde die unsicher hin- und herirrende Nationalversammlung auf eine harte Probe gestellt. Der Abgeordnete Wehrens brachte den folgenden Antrag ein: „Die hohe Versammlung wolle in Anerkennung der Revolution zu Protokoll erklären, daß die Kämpfer des 18. und 19. März sich wohl um das Vaterland verdient gemacht haben.“ Die Versammlung ließ sich in einer schwierigen Lage. Rahm sie den Antrag an, so vertrat sie offen das Prinzip der Revolution, was zu ihm den meisten doch sehr unangenehm war; lehnte die Versammlung den Antrag ab, so verneinte sie damit gleichzeitig ihre eigene Daseinsberechtigung.

Nachdem man zwei Tage lang über die Sache debattirt hatte, nahm man die folgende Vermittlungsresolution an: Die Ver- sammlung geht in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen Märzereignisse, denen wir in Verbindung mit der lgl. Zustimmung den gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselben unbestritten ist, und überdies die Versammlung ihre Aufgabe nicht darin erkennt, Urtheile ab- zugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Tagesordnung über.“

Das Volk war empört über diesen Ausweg. Die aus dem Sitzungsgedäude, der Singakademie, herausretirenden Abgeordneten wurden von der im Kasaniemulden angeammelten Menge nicht

Stadt verlassen, der Hauptmann mit seiner Kompanie seien die letzten und dergleichen. Alles dies stellte man dem Hauptmann vor und drängte ihn zum freiwilligen Abzug. Dieser ließ sich denn auch hierzu bewegen, indem er erklärte, er habe auch verschiedene Gesinde um Verhaltungsbefehle von dem Kommandanten keine Antwort bekommen und müsse unter diesen Umständen glauben, daß die Truppen die Stadt verlassen hätten. Nach- dem er mit Waffen abgezogen war, durchsuchte die Menge das Ge- bäude, Gewehre und Munition wurden vertheilt.

Verhewigen darf allerdings nicht werden, daß nicht nur die brauchbaren Waffen und Gewehre vertheilt wurden, sondern daß sich späterhin auch allerlei zweifelhafte Elemente ins Zeughaus drängten, die durch ganz zwecklose Forderung der alten Fahnen und Trophäen und Einwendung verhöflicher Stiche aus den Waffensammlungen großen Schaden anrichteten. Diese Vorkommnisse wurden später von den Reaktionsären aller Schattirungen ganz mit Unrecht gegen die demokratischen Bestrebungen ausgenützt.

Lange dauerten diese Szenen jedoch nicht. Bald erlangen vor dem Gebäde Trommelwirbel, es rücken neue Abtheilungen Bürger- wehr und bald auch Linienmilitär heran. Die jetzt noch im Gebäude befindlichen retteten sich durch Fenster und Thüren, wobei den einzelnen beim Austritt das Gewehr abgenommen wurde. — Das war das Ende des Berliner Zeughaussturmes. Die betheiligten Offiziere wurden vor ein Kriegsgericht gestellt, v. Ragner erhielt zehn Jahre, Tschow fünfzehn Jahre Festung. Der Kom- mandant der Bürgerwehr, Meston, wurde entlassen. Eine ganze Reihe der bekannten Volkshüter wurden vor Gericht gestellt und wegen der Vorfälle des Tages zu mehrjährigen Festungstrafen verurtheilt.

Genau vor zehn Jahren, im Frühjahr 1888, hatte der Berliner Zeughaussturm noch ein kleines, eigenartiges, echt preussisches Nach- spiel. Der oben genannte Leutnant Tschow war aus der Festung, in die man ihn gesperrt, entsprungen und hatte sich ins Ausland begeben. 1888, also 40 Jahre nach dem Zeughaussturm, kam dann der mittlerweile zum Greis dahingeweltete Mann aus Australien zurück. Er richtete von der Schweiz aus ein Begnadigungsgesuch nach Preußen und bat, ihn im Vaterlande sterben zu lassen. Aber der preussische Militarismus bewies, daß er ein gutes Gedächtniß habe und scharf zu hören und zu strafen verthe: Das Begnadigungs- gesuch wurde abgewiesen und Tschow mußte nach Australien zurück- kehren. Mander Leser wird sich dieser Episode, die damals auch in „gutgefunten“ Kreisen unangenehm Aufsehen erregte, noch entsinnen.

regel erwartet sich eine dauernde Sanierung Ihrer Arbeiterverhältnisse und eine heilsame Rückwirkung auf die Erhaltung friedlicher Zustände in der rheinisch-westfälischen Montanindustrie. Die Verantwortung aber dafür, daß die Piesberger Vergleiche ihre bisherige Erwerbsgelegenheit verlieren, bleibt der unbefangenen Einmischung des Gewerkevereins grüßlicher Arbeiter und der dortigen Geistlichkeit."

Jeder weitere Kommentar würde die Wirkung des vom egoistischen Massenstandpunkt diktierten Telegrammes nur abschwächen.

Aus Oesterreich wird uns geschrieben: Von „begeisterten“ Anhängern des Bundesdirektors Dr. Hahn wurde mir versichert, daß er mit der faulen Thomasch-Geschichte nichts zu thun habe. Um die geschäftlichen Sachen des Bundes habe er sich nie beklümmert, deshalb habe er die bekannten Erklärungen auch von den anderen Mitgliedern des Bundesvorstandes allein unterzeichnen lassen. Man sieht, daß die Ratten das Schiff verlassen. Herr Dieberich Hahn hat immer ein gutes Theil „Bauernschlaueit“ bewiesen, und es muß wohl um den Bund sehr faul stehen, wenn er sich diktiert. Schaden kann ihm die Sache aber doch thun. Seine Wiederwahl im 19. hannoverschen Wahlkreise erschien bisher sicher, jetzt wird sie zweifelhaft, denn er ist doch immer „Direktor“ des ungetreuen Bundes. Ueberhaupt glaubt man hier, daß die ganze fatale Geschichte gerade deshalb im „Hannoverschen Courier“ veröffentlicht ist, um in unserer Provinz die wankende Partei der Nationalliberalen gegen die Agrarier zu stützen. Herr Dr. Hahn hatte früher sein Verlangen dahin kundgegeben, alle nationalliberalen hannoverschen Abgeordneten aus dem Reichstage hinauszuwerfen, jetzt kam er froh sein, wenn er selbst wieder hereinkommt. Uebrigens versteht man hier kaum, weshalb so viel über die „agrarische Frage“ gestritten wird. Die Landwirthe, welche Geld haben, stehen sich gut, und denjenigen, welche kein Geld haben, geht es schlecht — so ist es ja überall in der Welt. Unsere hannoverschen Rittergutsbesitzer sind wohl noch besser daran, als die ostelbischen, übrigens würden sie mit dem Landbunde doch nicht zusammengehen, weil sie zu elstisch gesinnt sind. Die Beamten und alte Leute, welche von ihnen abhängen, simüliren oder haben nationalliberale Gesinnung, deshalb sind Herr Hahn und seine Anhänger meist auf diejenigen „kleinen Leute“ angewiesen, welche zu dumm sind, die Versprechungen der Sozialdemokratie zu verstehen. Es fällt uns dabei immer das Wort jenes Wiener Abgeordneten ein, der den Antisemitismus als den „Sozialismus des dummen Meisls“ bezeichnete. Wie soll z. B. ein Lüneburger Halbbauer, der meist gar keine Zeitung liest, eine Ahnung von der Sozialdemokratie haben? In Oesterreich und Bremen haben sie das schon besser, aber im allgemeinen ist der „kleine Mann“ in Hannover neuen Ideen ziemlich unzugänglich. Hat er sie einmal erfaßt, so hält er auch mit niederträchtlicher Zähigkeit daran fest. Im übrigen kann uns hier in Hannover der Streit zwischen Landbüdlerern und Nationalliberalen ziemlich kalt lassen. Wir können den ersteren ihre Blamagen, aber den anderen können wir nicht, daß sie davon Vortheil haben, es ist beides dieselbe reaktionäre Sippe. In unserer Provinz fällt der Streit zwischen den „Preußen“ und den „Hannoveranern“ den größten Theil des politischen Lebens aus, ob man camberländisch oder hochholzerlich gesinnt ist, war stets die Hauptsache. Die hahn'sche Agitation ist uns angenehm, weil sie in diesen öden Gegenden ein neues Moment hineinbringt; andererseits befreit das Wessenthum das Oppositionsbedürfnis des Wiederachters und daher kommt die Sozialdemokratie nicht so hoch, wie wenn alle bestehenden Klassen regierungsfreundlich wären. Käme es zu einer Einigung zwischen dem Herzog von Cumberland und dem Berliner Hof, so hätte die Sozialdemokratie ein großes Operationsfeld, übrigens werden auch die kommenden Wahlen schon einen Fortschritt unserer Partei ergeben.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Dienstag der Fabrikarbeiter Lange aus Delligen von der II. Landgerichts-Strassammer zu Braunschweig zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten verurtheilt.

Oesterreich.

Nationale Kravalle in Brünn. Wie der „Boff. Zeitung“ telegraphirt wird, kam es Sonntag am Anloß der Palast-Feyer der Czeden zu ungeheuren Straßenschlachten. Die Czeden brachten etwa 50 000 (?) Sokolisten, Feuerwehnmänner u. s. w. aus Wähnen, Währen und Schäften hierher. Die deutsche Bevölkerung, zumest mit Aoriblummen geschmückt, war fast vollständig in den Straßen. Mittags langte der Prager Bürgermeister Dr. Podlipny an; er wurde am Bahnhof mit furchtbarem Jöhlen empfangen. Die Menge warf ihm faule Eier an den Kopf, selbst Steine flogen gegen ihn. Als er durch die Stadt fuhr, wiederholten sich die Schandgebungen. In einer Straße wurde seinem Wagen ein Häßerwagen entgegengestellt. Jüdischen Deutschen und Czeden fanden blutige Zusammenstöße statt. Deutsche und czechische Restaurants wurden mit Steinen bombardirt. Beim Festzuge der Czeden nach Rathhaus erneuerten sich die Unruhen. Podlipny mußte nachmittags in aller Stille Brünn verlassen. Zahlreiche Personen sind verwundet, über hundert verhaftet. Abends erneuerten sich die Ausschreitungen, doch machte das Regenwetter ihnen bald ein Ende.

Ungarn.

Budapest, 12. Juni. In Balmazújváros haben, wie gerüchelt wurde, einheimische Arbeiter die fremden Arbeiter überfallen. Die Gendarmerie hat von der Schußwaffe Gebrauch gemacht, wobei eine Person getödtet und drei Personen verwundet sein sollen. Die Verantwortung für diese traurigen Vorgänge trifft die ungarische Regierung, welche alles zur Niederkämpfung der heimischen Arbeitskräfte thut. Nationale Politik.

Frankreich.

Paris, 13. Juni. Deputirtenkammer. Das Haus und die Tribünen sind sehr gut besucht; es herrscht eine lebhafte Bewegung. Deschanel hielt bei Nebnahme des Präsidiums eine Ansprache, in welcher er alle Parteien seiner Unparteilichkeit versicherte und die Hoffnung ausdrückte, daß Höslichkeit bei den parlamentarischen Verhandlungen obwalten werde. Deschanel sprach sodann zu gunsten einer durchaus reformatorischen Politik und betonte die Nothwendigkeit, die wirtschaftlichen, fiskalischen und Arbeiterfragen sorgsam zu prüfen. Der Präsident schloß, indem er sagte, die Kammer werde das große Werk der nationalen Vertheidigung fortsetzen und indem er seiner tiefsten Sympathie für die Armeen zu Lande und zu Wasser Ausdruck gab, die die Sicherheit Frankreichs und der Stolz des Landes seien. (Beifall.) Millerand (Sozialist) brachte eine Interpellation ein über die Politik des Kabinetes und forderte den Ministerpräsidenten Meline auf, sich über seine Absichten zu äußern. Im weiteren sprach er sich über das schärfste über den Antisemitismus aus, warf dem Ministerpräsidenten Meline vor, daß er mit der Rechten politise und erklarte schließlich, die Sozialisten würden jedes republikanische Kabinet unterstützen, das zu Reformen geneigt sei. Ministerpräsident Meline widerlegte unter mehrfachen Unterbrechungen seitens der äußersten Linken das sozialistische Programm. Redner bezeichnet den zweijährigen Militärdienst als gefährlich. Die von den Sozialisten vorgeschlagene Einkommensteuer sei undurchführbar. Der Ministerpräsident konstatierte, daß die Sozialisten bei den letzten Wahlen an Terrain verloren haben und weist ihnen vor, die Macht auf Schleichwegen erlangen zu wollen. Meline rechtfertigt die Nothwendigkeit des Verhaltens des Ministeriums in den letzten zwei Jahren. Die Gefahr liege nicht auf der Rechten. Die Republik laufe keinerlei Gefahr; das Land wolle eine verstandene und feste Regierung und keine Republik der Verfassung. Es habe sich ausdrücklich für Aufrechterhaltung der

bestehenden Einrichtungen und der ihnen zu grunde liegenden Gesetze ausgesprochen. Frankreich wolle, daß die Kammer sich weniger mit Politik und mehr mit den Geschäften befaße. (Beifall.) Der Ministerpräsident spricht die Ansicht aus, daß Handel und Industrie Absatzmärkte nöthig hätten; es sei jetzt der Augenblick gekommen, sich mit Kolonialpolitik eingehend zu beschäftigen. Bourgeois sagt, die Politik Meline's sei eine für die Republik gefährliche, er halte es für verfassungswidrig, daß der Ministerpräsident sich mit einer Umgestaltung des Kabinetes beschäftige. Redner meint, die Regierungsmehrheit habe ein ungleichartiges Gepräge. Man versuche, das Land mit dem Programm der sozialistischen Partei zu sprechen; ihr Programm bedrohe jedoch nur gewisse Vorrechte. Meline müsse fühlen, daß seine Aufgabe beendet sei. Die Kammer wolle, daß die Regierung eine ausschließlich republikanische Mehrheit habe. Bourgeois macht den Kallorien den Vorwurf, daß sie dem Rath und der Leitung des Papstes folgten und will kein Bündniß mit denselben. Zum Schluß richtet der Redner an alle wirklichen Republikaner einen Appell. (Beifall auf der äußersten Linken.) Fortsetzung der Beratung morgen.

Belgien.

Brüssel, 12. Juni. Bei den heutigen Stichwahlen für die Provinzialräthe wurden in der Provinz Brabant die Katholiken von den Liberalen vollständig geschlagen. Im Hennegau gewinnen die Sozialisten, welche bereits bei den Wahlen am vorigen Sonntag drei Siege abgenommen hatten, acht Siege, so daß die Provinzialregierung vollständig in ihrer Hand ist. In der Provinz Lüttich verlieren die vereinigten Radikalen und Sozialisten acht Siege, ihre Majorität in der Provinzialvertretung ist also stark erschüttert. In Antwerpen wurden die Liberalen wieder gewählt. In Gent verlieren die Liberalen 5 Siege, die den Katholiken, deren Mehrheit stark zunimmt, zu gute kommen. In Namur haben die mit den Sozialisten vereinigten Liberalen den Katholiken 8 Siege abgenommen. In Lüttich verlieren die Liberalen 2 Siege zu gunsten der Katholiken. Der Stimmzuwachs unserer Genossen gegenüber der letzten Wahl ist sehr bedeutend.

Asien.

Die Eisenbahn Samarang-Andichan ist fertiggestellt. Damit ist ein weiterer Schritt zum Ausbau des verkehrspolitisch und noch mehr strategisch wichtigen russischen Eisenbahnnetzes in Asien geschehen.

Peking, 11. Juni. Ein kaiserliches Dekret ordnet die Errichtung einer Universität nach europäischem Muster in Peking an. Hohe Würdenträger erhielten die Weisung, unverzüglich über die Ausführung des Decretes zu beraten.

China versucht zu spät das Beispiel Japans nachzuahmen.

Afrika.

Ansuchen für die Transvaal-Republik. Aus London wird telegraphirt: Dem „Daily Chronicle“ zufolge wird der Gesandte der Südafrikanischen Republik, Dr. Leyds, während seines hiesigen Aufenthaltes Verhandlungen zur Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 5 000 000 Pfund Sterling eröffnen.

Amerika.

Washington, 11. Juni. Nach der vorläufigen Schätzung des Ackerbau-Departements beträgt die mit Frühjahrswegen bestellte Fläche 16 800 000 Acres. Das gesammte mit Weizen bestellte Areal umfaßt 48 000 000 Acres und ist demnach um 8 pCt. gewachsen. Der Durchschnittsstand des Winterweizens ist 80,8, des Frühjahrswizens 100,9, ein fast noch nicht dagewesener Stand. Die mit Hafer bebaute Fläche ist um 1,6 pCt. gegen das Vorjahr zurückgeblieben, der Durchschnittsstand ist 98. Mit Gerste sind 5,3 pCt. weniger bestellt worden, als im Vorjahre.

Billiges Brot wäre uns somit sicher, wenn wir keine Hochschulpolitik hätten. Ginge es nach den Wünschen unserer Agrarier, läme kein billiges Weizenkorn über unsere Grenzen.

Ein verkleideter Bankrott wird von der brasilianischen Regierung erfolgreich versucht:

Die „Times“ melden hierüber aus Rio de Janeiro vom 11. d. M.: Es wird berichtet, die Regierung habe mit sieben einheimischen und fünf fremden Banken ein Abkommen getroffen, nach welchem die Konversion der vierprozentigen Goldanleihe von 1880 in eine fünfprozentige Papieranleihe garantiert wird. Die Wondsinhaber, welche die Bedingungen der Regierung annehmen, erhalten eine Prämie von 25 pCt., diejenigen, welche sie nicht annehmen, erhalten den Nennwerth ihres Guthabens in der Papieranleihe. Die gegenwärtigen Ausstände beziffern sich auf 124 655 000 Milleis Papieranleihe, deren Interessen auf nahezu 6 000 000 Milleis in Gold. Man erwartet, daß ein Decret die Konversion vom 1. Juli ab für durchgeföhrt erklären wird. Die Operation wird die Verbindlichkeit des Schatzamts wesentlich verringern.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Redakteur Reulrich von der „Volkswacht“ in Breslau, der im neuen Gefängniß daselbst eine achtwöchige Freiheitsstrafe verbüßte, die ihm wegen Beleidigung zweier oberster Polizeibeamten auferlegt war, ist während dieser Haft mit dem Verpachen von Walschblau beschäftigt worden. Diefelbe Arbeit wurde schon früher Redakteuren der „Volkswacht“ zugemuthet. Seit jener Zeit ist aber vom Bundesrat eine Verordnung über den Strafvollzug erlassen worden, wonach u. a. auf den Bildungsgrad der Gefangenen Rücksicht genommen werden soll. Wie wenig diese Bundesratsverordnung an der Behandlung der politischen Gefangenen etwas geändert hat, zeigt auch die Behandlung unseres Genossen Reulrich.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Bauarbeiter. Der Streik der Zimmerer, Maurer und Bauarbeiter in Brandenburg dauert unverändert fort. Am Freitag, den 10. Juni, fand ein Termin vor dem Einigungsamt mit der Kommission der Zimmerer statt, in welchem ein Schiedspruch zu stande kam, der von den Zimmerern einstimmig abgelehnt wurde, weil er nicht eine Erhöhung des Lohnes in sich schloß. In Halle a. S. ist von der Baugewerksinnung der Beschluß gefaßt, über sämtliche Baupläne von Halle und Stiebelstein die Bauplätze zu verhängen, wenn nicht die Arbeit zu dem Stundenlohn von 42 Pf. von den Streikenden wieder aufgenommen wird. — Die Maurer in Dreyenheide hatten den Bürgermeister ersucht, in dem gegenwärtigen Ausstande zu vermitteln, die Meister haben jedoch abgelehnt.

Die ausländigen Förderleute vom Erzgebirgischen Verein in Zwickau haben ihrer Direktion folgende Forderungen unterbreitet: 1. 10 prozentige Lohnzulage. 2. Weibehaltung der zehnjährigen Schicht und Auszahlung von mindestens 90 Pf. Ausbeute (Gebirgslohn) pro Schicht. 3. Wenn 12 stündig gefördret werden muß, für die zwei Ueberstunden 50 pCt. Zuschlag. Der Direktor hat sich bis Montag früh 9 Uhr Bedenkzeit vorbehalten. Die Häuer und Lehnhäuer wollen ebenfalls in die Lohnbewegung eintreten.

Der Geracr Glasrausand ist als beendet zu betrachten; nachdem die Meister eine fünfprozentige Lohnhöhung zubilligten, haben die Gehilfen die Arbeit wieder aufgenommen.

Soziales.

Arbeiter-Misßo. In einer Maschinenfabrik in Koblenz wurde einem Gelbzieher, der in das Räderwerk einer Maschine gerathen war, der Kopf vom stumpfe getrennt. Auf einem Neubau in Dormund brach das Gerüst, drei Stuktureure stürzten herab, einer von ihnen blieb auf der Stelle todt.

Weint Brande des Ringofens der Aschenborn'schen Ziegelei in Zwickau i. S. ist der Bremer Ritter, der den Nachdienst hatte, ums Leben gekommen.

Großstädtisches Wohnungsgeld. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Die vom Gemeinderathe der Stadt Straßburg eingesetzte Kommission gegen ungesunde Wohnungen veröffentlicht jetzt einen eingehenden Bericht über das Ergebnis ihrer Arbeiten. Danach befindet sich der überaus größte Theil der beschäftigten Wohnungen in einem überaus vernachlässigten, zum Theil menschenunwürdigen Zustande. Eine Abhilfe erseheime mit Rücksicht auf die Bauart der unterjochten Gebäude der inneren Altstadt in den meisten Fällen als unmöglich. Die Hauptursache der Mißstände bilde die Anwesenheit von Bewohnern in kleinen Licht- und Luftarmen Räumen, die Unsauberkeit, der schlechte Zustand der Decken, Dielen und Wände, der Mangel an Küchen, Koch- und Heizvorrichtungen, insbesondere aber die mangelhafte Beschaffenheit oder das gänzliche Fehlen der Abortanlagen. Vielfach seien die Miether durch die Weigerung der Eigenthümer, die Wohnungen in stand zu setzen, zur Vornahme von Reparaturen und Verbesserungen auf eigene Kosten gezwungen. Dies wäre jedoch nur einem verschwindenden Theil der Miether möglich, weshalb in vielen Fällen erbärmliche und geradezu ekelerregende Zustände herrschten. Drei Viertel der in Frage kommenden Häuser entsprächen den heutigen Anforderungen der Gesundheitspflege nicht und müßten als baufällig bezeichnet werden. Mangel an Luft und Licht liege die Bezeichnung „Wohnungen“ in einer Anzahl von Fällen der Altstadt für manche Aufenthaltsträume nicht zu. Dabei werde über eine abnorme Höhe der Mietpreise gerade in den schlechtesten Quartieren bitter geklagt. Gerade die verwohlfeilten Häuser rentirten am besten, weil es vor allem an kleinen Wohnungen fehle. (Von 412 von dem einen der fünf Unterkommissionen beschäftigten Wohnungen wurde nur eine einzige leerstehend gefunden.) Die Vouthätigkeit habe sich in den letzten Jahren vornehmlich der Herstellung von großen und mittleren Wohnungen zugewandt.

Die Enquete hat die bereits des öfteren festgestellte Thatsache bestätigt, daß die ärmeren Schichten des Volkes durch den Aufwand für Wohnungszwecke weit stärker belastet werden als die Besitzenden, insofern der von den ersteren bezahlte Mietpreis einen erheblich größeren Theil des Einkommens aufzehrt, als dies bei letzteren der Fall ist.

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat eine Polizeiverordnung über die Beschaffenheit und die Verwendung der Wohnungen erlassen, die am 1. Oktober d. J. in den Kreisen Cleve, Geldern, Grevenbroich, Kempen, Mids und Rees, in den übrigen Kreisen des Regierungsbezirks sofort in kraft tritt. Danach darf niemand — sei er Besitzer oder Miether — ohne polizeiliche Genehmigung in Wohnungen einziehen, die von der Ortspolizeibehörde als ungeeignet und überfüllt bezeichnet worden sind. U. a. ist vorgeschrieben, daß die Schlafräume einer jeden Wohnung für jede zur Haushaltung gehörige Person über zehn Jahre mindestens 10 Kubikmeter Luftraum, für jedes Kind unter zehn Jahren (ausgenommen Kinder unter einem Jahr) einen Luftraum von fünf Kubikmeter aufweisen müssen; ferner müssen die Schlafräume so beschaffen sein, daß Personen über 14 Jahre, nach den Geschlechtern getrennt, in besonderen Räumen schlafen können, ebenso Ehepaare getrennt von den Kindern. Auf Zuwiderhandlungen ist Strafe bis zu 30 M. oder Haft gesetzt.

Auf Veranlassung des bayerischen Staatsministeriums des Innern tritt der Magistrat von Würzburg mit dem der Stadt Würzburg zum Zwecke einheitlicher Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse in Verbindung. In Würzburg sind die Erhebungen schon im Gange; sie sollen das hygienische, sittenpolizeiliche und soziale Material für die Gesehggebung liefern.

Der Krieg.

Einen festen Stützpunkt haben nun die Amerikaner auf Kuba. Ein Telegramm aus Kingston (Jamaica) meldet: Amerikanische Marinemannschaften landeten am Freitag in der Bai von Guantanamo und hielten auf den Ruinen der Außenbefestigungen die amerikanische Flagge. Die Landung wurde durch amerikanische Kriegsschiffe gedeckt, welche die Spanier durch Granatschüsse aus den Schanzen vertrieben. Es verlautet, die Zahl der Marinemannschaften, welche in der Guantanamo-Bay ausgeschifft wurden und in Camanera landeten, betrage 600. Die Mannschaften haben, wie später eingegangene Depeschen besagen, die Häuser niedergebraunt, um sich vor dem gelben Fieber zu schützen. Die Einnahme von Guantanamo giebt Sampson einen guten Hafen und eine Operationsbasis. Die Amerikaner warfen Erdwälle auf und trafen andere Befestigungsvorrichtungen.

In New-York ist folgendes von Bord des Rettungs-Depeschenbootes „Dauntless“ auf der Höhe von Guantanamo von gestern früh datirtes Telegramm über Wöle St. Nicolas eingegangen: Die am Freitag gelandeten Marinemannschaften sind seit gestern Nachmittag 3 Uhr in einen Kampf mit spanischen regulären Truppen und Guerrillas verwickelt, der fast ununterbrochen 13 Stunden gewährt hat. Der Kreuzer „Warblehead“ hat Verstärkungen gelandet. Man glaubt, es habe sich um ein bedeutendes Gefecht gehandelt.

Einer Depesche aus Kingston zufolge hat ein Kanonenboot bei Afferado 400 Gewehre, 5 Tonnen Lebensmittel und 60 000 Patronen für die Aufständischen im Südosten von Kuba gelandet.

Eine spanische amtliche Depesche meldet: Die spanischen Schiffe „Conde Venadito“, „Nueva Espana“ und „Vigera“ liefen aus dem Hafen von Havana aus, um das kleine den Hafen blockierende amerikanische Geschwader anzugreifen. Diefes wird einem Kampfe aus und zog sich zurück. — Eine zweite Depesche besagt, ein amerikanische Handelsschiffe seien vor Santiago angekommen, wie man glaube, mit den zur Landung bestimmten Truppen an Bord. Es seien Vorkehrungen getroffen, um einen Landungsversuch zurückzuführen.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus New-York gemeldet: Admiral Sampson erwartete die Landungstruppen schon am letzten Montag und sieht in der Verzögerung eine große Gefahr, da die Spanier die Vertheidigung von Santiago sehr erweitert und sogar Geschütze von den Schiffen Cerbera's an Land bringen. Das Kanonenboot „Vigen“ landete Gewehre, Proviant und eine große Menge Munition in Afferado. Dabei wurde eine Abtheilung spanischer Artillerie in die Flucht geschlagen.

Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus New-York: Der britische Dampfer „Doidinham“ mit 8000 Tonnen Kohlen für die spanische Flotte wurde von dem Hisskreuzer „St. Louis“ aufgebracht. An Bord befand sich ein verkleideter spanischer Offizier.

Das gelbe Fieber greift an den Stützpunkten der amerikanischen Operationen immer mehr um sich, auch andere ansteckende Krankheiten scheinen bei den Amerikanern aufzutreten. Nach einem Telegramm aus San Francisco sind im Lager des Generalmajors Merritt die Maren in letzter Horn aufgetreten; täglich erkrankten 8 bis 9 Mann. Bisher sind 50 Erkrankungen festgestelt. Die Aerzte ergreifen energische Maßregeln zur Unterbindung der Krankheit.

Präsident Mac Kinsch unterzeichnete am Sonnabend die Kriegslostenbill. — Das amerikanische Schatzamt eröffnet eine Subskription auf 800 Millionen Mark dreiprozentiger Bonds. Die Subskriptionslisten sollen am 14. Juli geschlossen werden.

Infolge von Vorstellungen seitens der kanadischen Regierung haben sich die in Ottawa weilenden, früher der spanischen Geschwadschaft in Washington angehörenden spanischen Offiziere Carranza und Du Bose bereit erklärt, am 25. d. M. nach Spanien abzureisen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Gaines, 13. Juni. (B. Z. B.) In der Ortschaft Biat stürzte gestern Abend ein Haus ein; man fürchtet, daß etwa 30 Personen sich unter den Trümmern befinden. Nach weiteren Meldungen aus Biat sind bisher 27 Todte und drei Verwundete aus der Trümmern des eingestürzten Hauses hervorgezogen worden.

Für den Wahlfonds

gingen ein: Franz und Karlchen 1.—Albumfabrik von Runge 4.85. Ludwig Meyer u. Genossen 1.05. Wähler einer Ch. B. A. im Norden 3.50. America: W. R. Boston (Mass.) 4.13; C. G. Boston (Mass.) 4.12; J. D. Milford (Mass.) 20.—Banklemperei von M. Schulz, Alexanderstr. 31, außer einigen Kollegen 8.50. Herrenpartei, Laubensverein „Süd“, gesammelt durch Winter 10.20. Gesammelt durch Hünge 3.—Silberwaaren-Fabrik C. S. 7.35. Musiker P. R. 1.—„Vor Thoreschluß“ 200.—Drei Studierende aus Stralau 3.—Zum Ausgleich 2.93. In Summa 274.43 M.

Bereits quittiert 4725,57 M. Gesammsumme 5000.— M.

An die sozialdemokratischen Wahlkomitees.

Um eine möglichst rasche und genaue Feststellung des Wahlergebnisses für das ganze Reich zu erzielen, bitten wir die Wahlkomitees bezügl. die Vertrauenspersonen und die Reaktionen der Parteiblätter, Vorkehrungen zu treffen, damit wir am Abend des Wahltages alle für ihre Bezirke vorliegenden Wahlergebnisse telegraphisch übermitteln können.

Damit unsere Leser auch über die Ergebnisse der Wahl, soweit sie am Wahltage selbst nicht übermitteln werden konnten, möglichst rasch informiert werden, geben wir am Nachmittage des der Wahl folgenden Tages eine Extra-Ausgabe heraus. Wir bitten deshalb, uns auch am Morgen des 17. die bis dahin bekannt gewordenen Resultate zu übermitteln. Dieselben müssen bis spätestens 12 1/2 Uhr vormittags in unseren Händen sein.

Die Telegramme bitten wir, um rechtzeitiges Eintreffen zu garantieren, am Wahltage von 11 Uhr abends bis 1 Uhr nach Mitternacht und am Tage nach der Wahl von 1/10 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags als dringende, die bevorzugt befördert werden und deshalb die dreifache Taxe kosten, zu expedieren. Dagegen bitten wir unbedingt telephonische Meldungen zu unterlassen; wir werden das Telephon am Abend des Wahltages überhaupt nicht benutzen und deshalb auch durch dasselbe keine Auskunft erteilen können.

Die Telegramme sind

Sozialdemokrat Berlin

und die dringenden

Dringend Sozialdemokrat Berlin

zu adressieren

Diese Adresse genügt vollständig. Andere Depeschen, so an das Parteibureau oder an einzelne Vorstandsmitglieder, erübrigen sich durch die telegraphische Meldung der Wahlergebnisse an das Zentralorgan der Partei.

Wir sind gerne bereit, die Auslagen zu erlösen beziehentlich im Austausch die Berliner Resultate telegraphisch an die uns angegebene Telegramm-Adressen am Wahltage zu senden.

Soweit von Parteiblättern Wünsche dieser Art schon an uns gerichtet wurden, werden wir ohne besondere Antwort ihr Anerbieten dankend annehmen und die Berliner Resultate telegraphisch übermitteln.

Berlin, den 8. Juni.

Mit sozialdemokratischen Grüßen

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Was hat sich der Wähler für die Wahl am 16. Juni zu merken?

Einladungen zur Wahl werden nicht versandt. Jeder über 25 Jahre alte muß eingeladen am 16. Juni nach seinem Wahllokal kommen.

Jeder muß in dem Wahllokal wählen, welches für den Bezirk bestimmt ist, in dem seine Wohnung bei Aufstellung der Wählerlisten lag.

Vor der Wahl das Wahllokal betritt, versteht er sich mit einem Stimmzettel.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, geschrieben oder gedruckt zu versehen.

In Berlin werden den Wählern genügend gedruckte Stimmzettel zur Verfügung stehen und ist vom Wähler eine Kontrolle, für welche Partei der Wähler stimmt, ausgeschlossen, da sich sämtliche Parteien geeinigt haben, Stimmzettel von gleichem Papier und gleicher Größe auszugeben. Wird dem Wähler etwa von einem Vorgesetzten oder sonstwie ein Stimmzettel ausgenötigt, so kann er sich dadurch helfen, daß er den darauf gedruckten Namen durchstreicht und einen anderen, also den von ihm gewünschten Namen darauf schreibt. Solche Zettel haben volle Gültigkeit.

Der Stimmzettel muß von weißem Papier sein und darf nur den Namen eines Kandidaten enthalten.

Angiltig sind Stimmzettel die I. nicht von weißem Papier oder mit einem anderen Kennzeichen versehen; II. keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten; III. aus welchem die Person des Gewählten nicht unabweisbar zu erkennen ist; IV. auf welchem mehr als ein Name oder der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist; V. Stimmzettel, die einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Hat der Wähler den Stimmzettel, den er abgeben will, in der Tasche, so mag er ruhig die von gegnerischer Seite angebotenen Zettel nehmen und diese dann mit dem ihm passenden vertauschen. Es ist gut, eine Legitimation (Miethkontrakt, Heirathsurkunde, Steuerquittung u. s. w.) mit in das Lokal zu bringen.

Der Wähler muß sich möglichst zeitig am 16. Juni in das Wahllokal begeben. Denn die Wahlhandlung beginnt am 16. Juni um 10 Uhr vormittags und wird bereits um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

Der Wähler, welcher seine Stimme abgeben will, tritt an den Tisch, an dem der Wahlvorstand sitzt, nennt seinen Namen und giebt seine Wohnung, Straße und Hausnummer an. Der Wähler übergibt, sobald der Protokollführer seinen Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, seinen Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Vertreter, der den Zettel uneröffnet in das auf dem Tische stehende Gefäß zu legen hat.

Der Stimmzettel muß bereit zusammengeschaltet sein, daß der auf ihm verzeichnete Name verdeckt ist.

Das Sigen im Wahllokal und das Notieren der Abstimmenden darf niemandem unterzogen werden, soweit Platz im Lokal vorhanden ist. Eine durchaus ungesetzliche Verfügung ist zum Beispiel die, daß nur Wahlberechtigte oder nur Ortsangehörige im Lokal sich aufhalten dürfen. Es ist vom Reichstag und vom Kammergericht bei Gelegenheit früherer Reichstagswahlen entschieden, Wahlvorstände, welche irgendwie ungesetzlich vorgehen, können unter Umständen mit sehr langen Freiheitsstrafen belegt werden.

Zur gefälligen Beachtung für gewisse Leute unter anderen Gegnern! § 109 des Strafgesetzbuchs lautet: „Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft, wird mit Gefängnis von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Lokales.

An die Parteigenossen Berlins! Die Reichstagswahl stellt hohe Ansprüche an die Parteigenossen. Alle Kräfte müssen in den Dienst der Partei treten, soll der Erfolg für uns sein und der 16. Juni ein Siegestag der Sozialdemokratie werden. Wir erwarten von den Genossen, daß sie sich am Tage der Wahl und recht zahlreich zur Verfügung stellen. Der Wahltag fordert vor allem Kräfte, die für den ganzen Tag die Besorgung der Wahlarbeit übernehmen können. Niemand darf fehlen, der es möglich machen kann, sich an diesem Tag von Berufsarbeit frei zu machen. Die Genossen mühen sich an

Donnerstag, den 16. Juni, früh 8 Uhr, in folgenden Lokalen und zur Verfügung stellen:

Erster Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Märjchel, Jüdenstraße 85, Telephonamt V Nr. 3386.

Zweiter Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Backbrauerei, Tempelhofer Berg, Telephonamt VI Nr. 4851. Weitere Wahlbureaus befinden sich für den zweiten Kreis noch bei Baumann, Blücherstr. 42, Restaurant, Telephonamt IV Nr. 3436. Rißing, Vellealliancestr. 74, Telephonamt VI Nr. 1043. Jubel, Lindenstraße 106, Telephonamt IV Nr. 1899. Werner, Wollowstr. 59, Telephonamt VI Nr. 1403.

Dritter Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Fried, Restaurant, Dresdnerstr. 105.

Vierter Wahlkreis: Südost: Zentral-Wahlbureau Streit, Raubhstr. 86, Telephonamt IV Nr. 9425. B. Erbe, Cuvrystr. 25; und Holz, Grünauerstr. 3.

Osten: Wille, Restaurant, Andreasstr. 26, Telephonamt VII Nr. 3459.

Fünfter Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Schiller, Restaurant, Rosenthalerstr. 37. Zweiter Eingang Gortmannstr. 28. Telephonamt III Nr. 1296.

Sechster Wahlkreis: Zentral-Wahlbureau Diele, Adlerstr. 123. Telephonamt III Nr. 1590. — Außerdem noch folgende Lokale: Noabit: Pfarr, Putzlystraße 10, Telephonamt II Nr. 2614. Wedding: Fr. Glerner, Müllerstr. 7a. Oranienburger Vorstadt: Schulz, Schwarzloppstr. 11. Gesundbrunnen: W. Brinmann, Prinzen-Allee 21. Rosenthaler Vorstadt: Bachgänger, Swinemünderstr. 96, Telephonamt III Nr. 2941. Schönhauser Vorstadt: Ramlow, Schönhauser Allee 25, Telephonamt II Nr. 5204. Dömpel, Fehrbellnerstr. 81, Telephonamt III Nr. 8009. Die Vertrauenspersonen

Parteiengenössische Wahlveranstaltungen. Im vierten Wahlkreis spricht heute Abend Genosse Dr. Friedberg im Clubhaus, Landsberger Allee 30/31, über die bevorstehende Reichstagswahl. — Im sechsten Wahlkreis werden heute zwei Veranstaltungen abgehalten mit der Tagesordnung: „Welche Pflichten hat das arbeitende Volk am 16. Juni?“ Es referieren Pirsin und Grasshold. Die Veranstaltungen finden statt bei Bernau, Schwedterstr. 23, und in Schneider's Gesellschaftshaus, Velforsterstr. 15. — Heute findet ferner im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, eine kaufmännische Wählerversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Die Handlungsgeschäften und die politischen Parteien“.

Parteiengenossen, agitiert in allen Kreisen für zahlreiche Besuch dieser Veranstaltungen!

Vierter Wahlkreis. Das Zentral-Wahlbureau befindet sich am Tage der Wahl bei Wille, Andreasstr. 26. — Alle Parteigenossen, welche bei der Wahl thätig sein wollen, haben sich dort zu melden. Das Wahlkomitee.

Parteiengenossen und Genossinnen des zweiten Wahlkreises, welche gewillt sind, sich an der heute stattfindenden Flugblatt-Verbreitung zu beteiligen, mögen sich heute Abend 7 Uhr in folgenden Lokalen einfinden: Schönheim, Gröfestr. 8. W. Müller, Gröfestr. 31; Raumann, Wülfestr. 42; Rißing, Vellealliancestr. 74; Lindemann, Moritzstr. 9; Sah, Markgrafenstr. 102; Jubel, Lindenstraße 106; Jaller, Wallasstr. 16; Werner, Wollowstr. 59.

Zur Flugblattverteilung im sechsten Kreis. In dem am Sonntag für den Bezirk Wedding und Oranienburger Vorstadt verbreiteten Flugblatt ist das Wahllokal für den 640. Wahlbezirk irrtümlich fortgelassen. Dasselbe befindet sich bei Lohbauer, Wiesenstr. 43.

Am Sonnabend dieser Woche veranstaltet der sozialdemokratische Agitationsverein für den Wahlkreis Stralau-Franzburger-Rügen in Gottschalk's Lokalitäten, Schönhauser Allee 161, ein Gartenkonzert, verbunden mit humoristischen Vorträgen und darauffolgendem Tanz, Anfang 6 Uhr. Da über den zu erwartenden Ueberschuss bereits zu Wahlen werden verfügt ist, so bitten wir um regen Besuch. Das Komitee.

Unser Parteigenosse Paul Zahn befindet sich seit Sonnabend wieder auf freiem Fuße. Er war bekanntlich am 1. Juni verhaftet worden, weil er einen Gerichtstermin, zu dem er in seiner Abwesenheit geladen war, nicht hatte wahrnehmen können. Dieser Termin, in welchem Zahn wegen Verleumdung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hat am Sonnabend stattgefunden.

Zur Frage der Arbeitsruhe am Tage der Reichstagswahl. Der wichtigste Tag im politischen Leben des Volkes, der — leider — nur alle fünf Jahre einmal wiederkehrt, ist schon früher von einer großen Anzahl Arbeiter durch völlige oder wenigstens theilweise Arbeitsruhe begangen worden. Wer es sich irgendwie leisten kann, stellt an diesem Tage seine Kräfte der Partei zur Verfügung, um durch Verteilung von Stimmzetteln, durch mündliche Agitation von Haus zu Haus u. s. w., die Tragen aufzurütteln, auf daß sie das wertvollste Recht, das sie besitzen, zu ihrem Besten ausüben. Die Erkenntnis, daß ein so bedeutungsvoller Tag wenig dazu angethan ist, um in der Fabrik oder auf dem Bau zu frohnen, scheint auch in Internermerkreisen mehr und mehr Boden zu gewinnen. Selbst ein so reaktionäres Institut wie der Verband der Berliner Metallindustriellen machte dem Tage der Reichstagswahl eine wenn auch nur geringe Konzession. In einem Rundschreiben an seine Mitglieder theilt der Vereinsvorstand mit, daß er bereits früher geübte Praxis billige und allgemein empfehlenswerth halte, wonach die Fabriken am Wahltage nachmittags um vier Uhr geschlossen werden, damit die Arbeiter noch eben ihr Wahlrecht ausüben können.

Selbstverständlich werden die Arbeiter auch überall sonst dahin trachten, daß die Internermer sich zum mindesten zu der hier mitgetheilten Konzession bereit erklären.

Wir nehmen hierbei Gelegenheit, an diejenigen unserer Parteigenossen, welche solches irgendwie ermöglichen können, das Gebot zu richten, daß sie am Donnerstag schon in den ersten Vormittagsstunden zur Wahl gehen. In den Mittagsstunden, sowie gegen Abend soll man möglichst solchen Wählern, die anders keine Zeit haben, den Platz an der Wahlurne reserviert halten. Also nochmals, wer irgend abkommen kann, läse schon am Vormittag sein Wahlrecht aus.

Und den Kreisen der Verleumdungsgenossen geht uns die Mitteilung zu, daß es ihnen bei der belannten Ausübung, der sie unterworfen seien, besonders schwer fallen würde, ihr Wahlrecht auszuüben. Vielleicht meinen sie, würde ein kleiner Wink in der Presse den Direktoren der Omnibus- und Straßenbahn-Gesellschaften die Erinnerung daran beibringen, daß der Schaffner und Wagenführer am Donnerstag gleichfalls sein höchstes politisches

Recht auszuüben habe und daß es daher notwendig sei, den Angehörigen hierzu die nötige Zeit zu gewähren. Öffentlich können wir in diesen Tagen berichten, daß die Direktoren dem Verlangen ihrer Angestellten stattgegeben haben.

Wie der Brotpreis den Getreide- und Mehlpreisen folgt. Die Junker möchten bei der gegenwärtigen Brothteuerung — in der richtigen Erkenntnis, daß diese den Anfall der Reichstagswahlen keineswegs zum Vorteil des Junkertums beeinflussen wird — gar zu gern die Aufmerksamkeit von sich und ihren Brotvertheuerungsplänen ablenken. Darum schreien sie jetzt über Brottücher und suchen, wen sie für die hohen Getreide-, Mehl- und Brotpreise verantwortlich machen könnten. Nicht nur die Spekulation klagt sie an, — auch ein verdeckter Versuch, den Bäckern einen Theil der Schuld zuzuwenden, ist bereits wieder gemacht worden. Am trifft das allerdings zu, daß die Bäder an ihrem Brot ganz hübsch verdienen. Sie werden es auch so eingerichtet wissen, daß sie selbst bei hohen Mehlpreisen nicht zu kurz kommen. Eine zu weit gehende Erhöhung des Brotpreises beziehungsweise Verringerung des Brotgewichts birgt aber die Gefahr in sich, daß die unbemittelte Bevölkerung den Brotkonsum einschränkt. Schon im Hinblick darauf werden sich daher die Bäder im allgemeinen vor einer Brotpreis-Erhöhung hüten, die aber das durch die Erhöhung der Getreide- und Mehlpreise begründete Maß hinausginge. Ob die Bäder in Theuerungzeiten die Gelegenheit benugen, den Brotpreis über Gebühr zu erhöhen, das lässe sich etwa nach einem Bäckereibetrieb beurtheilen, bei dem völlig auf Profit verzichtet und auch die Aufwendungen für Löhne, Mische u. s. w. so gering sind, daß für die Unkosten fast nur das Mehl in Betracht kommt. Das ist am ehesten der Fall bei der Bäckerei des Arbeitshauses der Stadt Berlin. Diese Bäckerei, die zum Beispiel 1896/97 über 500 000 Kilogramm Brot herstellte, bädt für den Bedarf des Arbeitshauses und gegen Erstattung der Selbstkosten für andere städtische Anstalten (Waisenhaus, Obdach, Krankenhäuser u. s. w.). Bei Berechnung der Selbstkosten werden die Ausgaben für Mehl, Salz und Kimmel, die Löhne u. s. w. und auch ein Theil der Verwaltungskosten der Anstalt in Betracht gezogen, dagegen eigene Einnahmen der Bäckerei (Verkauf von Roggenmehl u. s. w.) zugerechnet. Da nun in der Arbeitshaus-Bäckerei, die außer einem Meister und einem Gehilfen nur Korrigenden beschäftigt, die Ausgaben für Mehl ungefähr neun Zehntel aller Ausgaben betragen, so müssen hier die Schwankungen des Mehlpreises besonders klar in dem Brotpreis zum Ausdruck kommen. Die folgende Tabelle giebt in der 1. Spalte die von der Anstalt gezahlten Durchschnittspreise (in Mark) für 100 Kilogramm Roggenmehl, die 2. und 3. Spalte die von der Anstalt berechneten Durchschnittspreise (in Pfennigen) für 1 Kilogramm Schwarz- bezw. Weizenmehl (wobei man beachten wolle, daß die Arbeitshaus-Bäckerei zu 100 Kilogramm Brot 72-73 Kilogramm Mehl braucht), die 4. Spalte endlich die vom städtischen Amt durch Ankäufe in Berliner Bäckereien ermittelten Durchschnittspreise (in Pfennigen) für 1 Kilogramm Roggenmehl. Die erst bis 1897 reichenden Angaben aus der Anstalt beziehen sich auf das von April bis April laufende städtische Etatsjahr; zum Zwecke der Vergleichung haben wir auch beim Bäckereibrot den Durchschnitt für diesen Zeitraum berechnet.

Table with 4 columns: Year, Roggenmehl, Schwarzbrot, Mittelbrot, Bäckereibrot. Rows from 1897/98 to 1896/97.

Der Preis des Bäckereibrottes ist, schon weil die Herstellungsloste höher sind und auch die Qualität eine andere ist, natürlich höher als der des Anfallbrottes; die Preisbewegung verläuft aber im letzten Jahrzehnt fast genau parallel derjenigen des Anfallbrottes und diese wiederum parallel der Bewegung der Mehlpreise. Es sind eben im allgemeinen nicht die Bäder, die das Brot vertheuern. Aber der Vorwurf kann ihnen freilich nicht erspart werden, daß ein Theil von ihnen — namentlich die in Innungen organisierten — in politischer und wirtschaftlicher Beziehung mit den Junkern und den junkerfreundlichen Parteien marschirt und — nach dem Muster des Bäckereiuobermeisters Bernard, des Kandidaten der vereinigten „staatsbehaltenden“ Parteien im ersten Berliner Kreise — bereit ist, die Brotvertheuerungs-Politik dieser Parteien mitzumachen.

Die Zimmerer werden darauf hingewiesen, daß das Bureau Stralauerstraße 48 am Donnerstag gänzlich geschlossen ist; die Kammeraden werden ersucht, am Wahltage die Arbeit möglichst ruhen zu lassen und sich den Wahlbureaus zur Verfügung zu stellen.

Es dümmert. Unter den Vorlagen der nächsten Stadtverordneten-Versammlung befindet sich auch eine Einladung des Zentralkomitees für das Kaiser-Jubiläum, und 3. österreichische Bundesstaaten an die städtischen Behörden Berlins. Der Magistrat bemerkt dazu, daß er Bedenken trage, die Einladung anzunehmen, weil es sehr schwierig sein würde, bei der häufigen Wiederkehr solcher bezw. ganz ähnlicher Anlässe den vielen gleichartigen Rücksichten angehöht der dienstlichen Inanspruchnahme der Mitglieder des Kollegiums zu genügen, daß er sich aber seine endgiltige Beschlußfassung noch vorbehalten habe, bis die Stadtverordneten-Versammlung sich dahin schlüssig gemacht haben wird, ob sie ihrerseits der Einladung nachkommen will. Dessenungeachtet ist auch die Stadtverordneten-Versammlung auf den Dagegen. Vielleicht fehlt es bei der Verabreichung über die Vorlage nicht an einigen Hinweisen in dem Sinne, daß auch bei patriotischen Jubel- und Anlaßfesten, die hier etwa in Zukunft noch vor sich gehen, es der Stadt nur zur Ehre gereichen könnte, wenn der Magistrat sich namentlich im Punkte der Geldbewilligung möglichst reservirt verhalte.

Das Jubelfest der Berliner Schuhmannschaft hat gestern Vormittag in Anwesenheit des Kaisers auf dem Schlosshofe stattgefunden. Es muß bei dieser Feier sehr fromm zugegangen sein. Gemeinsam unter Musikbegleitung wurden die Gesänge: „Wir treten zum Beten vor Gott den Gerechten“ und: „Wenn alle Untreu werden“ angestimmt. Die Predigt hielt ein Garnison-prediger mit Namen Gons. Sie scheint recht erbaulich gewesen zu sein. Wir geben einige Stellen, wie wir sie in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ verzeichnet finden, daraus wieder: Nachdem in bunten Wildern einige der Funktionen angegeben sind, welche der Schutzmann im Straßenverkehr zu erfüllen hat, heißt es: „Dort steht auch der Sündner und Verbrecher, der Gotteslästerer, Aufwiegler. Ihr sollt sie paken mit eisernem Griff und dem Schwerte der Gerechtigkeit zuführen.“ Heute steht vor aller Seelen der erste Grundkurs einhundert Stütze: die Unruhe und Unzufriedenheit des Jahres 1848, als dieses Königreich, das heute Eure Gottesküde ist, umringelt war von der Masse des irgeleiteten Volkes. Damals wart ihr die Hüter und trugt Sorge, daß man den königlichen Handharn nicht bedränge.“ Der überall für notwendig gehaltenen Reformbedürftigkeit der Berliner Polizei, sowie der mannigfachen Uebergreife seitens Polizeibeamter auf Polizeiwachen mahnend zu gedenken, war in diesem feierlichen Momente natürlich nicht angebracht.

Der Kaiser soll sich über die Predigt sehr anerkennend ausgesprochen haben. Er hielt auch selber eine Ansprache an die Schuh-

Der Gerichtshof hielt den Angeklagten im Umfange der Anklage für schuldig und verurtheilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von neun Monaten Gefängnis.

Die bekannte Verleumdungssache Mittenzweig wider Anner, dem ehemaligen verantwortlichen Redakteur der Charlottenburger Nachrichten, ist gestern in letzter Instanz entschieden worden. Die genannte Zeitung veröffentlichte im Oktober 1896 einen Artikel mit der Ueberschrift: Auch ein Irenenbater. Der Aufsatz kritisierte sehr scharf die Thätigkeit des gerichtlichen Sachverständigen, Sanitätsrats Dr. Mittenzweig. Das Schöffengericht verurtheilte den Redakteur Anner wegen Verleumdung des Dr. Mittenzweig zu drei Wochen Gefängnis, worauf beide Parteien die Berufung einlegten. Anner berief sich darauf, daß er in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt habe. Das Landgericht verwarf aber seine Berufung und erkannte auf die gegnerische Berufung, daß die Gefängnisstrafe von drei Wochen in eine solche von drei Monaten umzuwandeln sei. Die Revision, welche Anner hiergegen eingelegt hatte, wurde gestern vom Kammergericht zurückerwiesen.

Die Strafsache gegen den Schuhmann Volkman, der beschuldigt wird, in der Nacht zum 20. Dezember v. J. die Kaiserin Fräulein Schulz am Kronprinzen-Ufer widerrechtlich verhaftet und im Thiergarten den Verdacht gemacht zu haben, das Mädchen durch Einschüchterung zur Abdung einer unethischen Handlung zu nötigen, wird am 20. d. M. abermals die erste Strafkammer des Landgerichts I beschuldigt. Die erste Verhandlung im März d. J. bei welcher der Staatsanwalt ein Jahr drei Monate Gefängnis im Antrag gebracht hatte, endete damit, daß der Gerichtshof die Sache noch nicht für genügend aufgeklärt erachtete und deshalb zu einer Vertagung kam.

Wahlversammlungen.

Im sechsten Wahlkreise fand am Sonntag eine sehr gut besuchte Volksversammlung statt. Gegen 800 Personen hatten sich im Saale des hart an der Reichsbahnlinie der Stadt liegenden Schönhauser Volksgartens eingefunden. Der Referent Dr. Freudenberger übte eine schneidende Kritik an den gegnerischen Parteien und wies in überzeugender Weise nach, daß jeder, der für Erhaltung der

Vollrechte und gegen die Votvertheurer ist, nicht anders könne, als dem Vertreter der Sozialdemokratie seine Stimme geben. Mehrere Redner sprachen sich in gleichem Sinne aus. Unter anderem kennzeichnete Albert Kohn treffend das Verhalten der Freisinnigen, während Meyle in beredten Worten den Zuhörern klar machte, wie viel gerade bei dieser Wahl auf dem Spiel stehe und daß es Pflicht eines jeden Arbeiters sei, sich an der Wahl zu betheiligen, selbst wenn für ihn eine Schädigung in seinem Arbeitsverhältnisse daraus entstehen sollte. Auch Weize und Bligge traten in temperamentvollen Worten für die Wahl unseiner alten Veteranen Wilhelm Liebknecht ein. Die Ausführungen aller Redner wurden mit förmlichem Beifall aufgenommen, mit begeisterten Hochs auf die Sozialdemokratie und auf Liebknecht schloß die imposante Versammlung.

In Charlottenburg tagte am Sonntag eine von etwa vierhundert Personen besuchte Wählerversammlung. Genosse Pösch ging, nachdem er die allgemeinen Gesichtspunkte erledigt hatte, des näheren auf das von den Konservativen im Keltower Kreise verbreitete Flugblatt ein. Er kennzeichnete das konservative Nachwerk, das für die Kandidatur des Superintendenten Vorderberg eintritt, als eine wahre Gangesleistung von Verdröbung, Lüge und Fälschung. Der lebhafteste Beifall der Versammlung bewies, wie wenig die Versasser dieses schamlosen Geschreibels ihren Zweck, die Sozialdemokratie bei der Wählerwahl anzuschwächen, erreicht haben. In die Diskussion griffen noch einige Genossen in wirkungsvoller Weise ein.

Nummelsburg. Athemnoth des Freisinn. Am Freitag fand hier eine von freisinniger Seite einberufene Versammlung statt, in der der freisinnige Kandidat Pionz seine Anschauungen darlegte. Die Versammlung war von etwa 50 Personen besucht. In der Diskussion beleuchtete Genosse Ritter die Rückwärtsentwicklung der „freisinnigen“ Partei. Als zum nächsten Punkt der Tagesordnung (Agitation) geschritten werden sollte, eruchte der Vorigende die Herren, die nicht der freisinnigen Partei angehörten, bei dieser internen Angelegenheit des Freisinn den Saal verlassen zu wollen. Dieser Wunsch wurde natürlich bereitwillig erfüllt. Der gesammte Freisinn, der im Saal zurückblieb, bestand aus dem Kandidaten, jenen drei Herren, die das Wahlbureau bildeten und einem Arzt aus

Friedrichsberg, macht: fünf Personen und auch diese noch nicht einmal sämtlich aus Nummelsburg.

Johannisthal. Am Sonnabend tagte hier eine öffentliche Wahlversammlung. Genosse Pantow referierte über die Reichstagswahlen. Er geißelte in kräftigen Worten das bisherige Verhalten aller bürgerlichen Parteien und ermahnte die Anwesenden, am 16. Juni nur dem sozialdemokratischen Kandidaten Fritz Zubell ihre Stimmen zu geben. In der Diskussion traten die Genossen John und Reichert. Da inzwischen die Polizeistunde herangekommen war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Bruchmühle. Am Sonntag wurde hier eine Versammlung im Riegel'schen Lokal abgehalten. Von der Umgegend, insbesondere von Fredersdorf, Petershagen und Alt-Landsberg, waren zahlreiche Versammlungsbesucher herbeigeeilt. Das Referat des Kandidaten, Genossen Stadthagen, wurde mit lebhafter Zustimmung aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Wettende Genossen. Ueber 50 000. Für die Stichwahl ist eine nachträgliche Eintragung in die Wählerlisten nicht statthaft.

G. Lange. Kam im redaktionellen Theil nicht aufgenommen werden.

Dur. Schuppel wohnt Thurmstr. 37.

Einsamer Wesel. In Reed ist Wesel aufgestellt.

Rüdingen. Ganz berechtigtes Verlangen.

G. S. Drei Mark und keinen Cent mehr.

G. P. Wird demnächst fortgesetzt. Das Manuscript war nicht rechtzeitig fertiggestellt.

Briefkasten der Expedition.

Wald, Potsdam. Inserat kostet 1,00 M.

Wetter-Prognose für Dienstag, 14. Juni 1898.

Bleibt kühl, zeitweise heiter, vielfach wollig mit etwas Regen- und mäßigen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Achtung! 4. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Wählerversammlung

im Elysium, Landsberger Allee 39/41.

Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Dr. Friedberg. 215/21

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Das Wahlkomitee.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Dienstag, den 14. Juni 1898, abends 8 1/2 Uhr:

Volks-Versammlung

im „Feldschlösschen“, Wäckerstraße 112.

Tages-Ordnung: 1. Welche Pflichten hat das deutsche Volk am 16. Juni? Referent: Wilhelm Liebknecht. 2. Freie Diskussion.

Zu dieser Versammlung sind alle Wähler des VI. Wahlkreises, gleichgültig welcher Parteirichtung angehörig, eingeladen. 219/20

Zahlreichen Besuch erwartet Der Einberufer.

Charlottenburg.

Wähler-Versammlung

im Lokale „Bismarckhöhe“, Wilmersdorferstr. 39.

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Reichstagskandidat Fritz Zubell. 2. Diskussion.

Die Vertrauensleute.

Den Vorstehenden der Wahlkomitees resp. den Vertrauensmännern des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Starow-Charlottenburg zur Nachricht, daß von morgen, Dienstag, den 14. d. M., ab die Stimmzettel Lindenstr. 106 abgehoben sind. Ferner sorge jeder Vorstehende resp. Vertrauensmann dafür, daß die Resultate der einzelnen Orte seines Bezirkes am Wahltag auf dem schnellsten Wege zu Händen des Central-Wahlkomitees Lindenstraße 106 behufs Feststellung des Resultats gelangen. Zu empfangen Nachfahrer oder Depesche. Derselben-Adresse:

Zubeil, Berlin, Lindenstr. 106.

204/13 S. A.: Zubell.

Achtung!

Rixdorf.

Dienstag, den 14. Juni 1898, abends 8 Uhr:

2 Wähler-Versammlungen

im Saale der Vereins-Brauerei, Hermann-Strasse 214-219 und in Gröpler's Salon, Berg-Strasse 117.

Tagesordnung: 1. Die bürgerlichen Parteien und die Reichstagswahlen. Referent: Genosse Fritz Zubell und Obst. 2. Diskussion.

Der Reichstagskandidat Genosse Fritz Zubell wird in beiden Versammlungen Auftritte halten. Pflicht eines jeden Wählers ist es, in den Versammlungen zu erscheinen. 215/9

Das Wahlkomitee.

Achtung! Stralau. Achtung!

Volks-Versammlung

im Ausschank der Victoria-Brauerei.

Tages-Ordnung: 1. Wen wählen wir? Referent: Genosse Kotske. 2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen bittet Die Vertrauensperson. 223/18

Achtung! Schönholz. Achtung!

Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

Mittwoch, 15. Juni, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schotte.

Achtung! Maurer! Achtung!

Zentralverband deutscher Maurer.

Hiermit den Kollegen zur Kenntniß, daß am Donnerstag, den 16. Juni, am Tage der Wahl, das Bureau den ganzen Tag geschlossen ist. Kollegen! Da, wo es Euch möglich ist, den ganzen Tag frei zu sein, müßt Ihr Euch den ganzen Tag den zuständigen Wahlkomitees zur Verfügung stellen. Kollegen, welchen es nur einen halben Tag möglich wird, für die Wahl zu arbeiten, muß dies eine doppelte Pflicht sein. Kollegen! Ihr kennt Eure Pflicht, also alle Mann auf zur Wahl und ihrem Sieg!

Mit kollegiatem Gruß! Die Lohnkommission. J. A.: Wilh. Frisch.

133/3

Friedrichsberg.

Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Köhler (Schwarzer Adler), Frankfurter Chaussee 120:

Volksversammlung.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Genosse Arthur Stadthagen. 2. Diskussion.

223/15* Das Wahlkomitee.

Reinickendorf.

Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im Wöllcher'schen Lokale:

Volksversammlung für Männer und Frauen.

Tagesordnung: Besprechung des Wahlergebnisses. Verschiedenes. Das Wahlkomitee.

Achtung! Tegel. Achtung!

Mittwoch, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Müller, Schloßstraße 7-8:

Volks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Genosse F. Walther. 2. Diskussion. Das Wahlkomitee.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Achtung, Vertrauensmänner!

Wir ersuchen alle Kollegen, die von uns ausgedienten Fragekarten umgehend zu beantworten, so daß wir spätestens am 15. Juni im Besitz derselben sind. Diejenigen Kollegen, welche Vertrauensmänner sind und keine Karten erhalten haben, bitten wir, dem Bevollmächtigten Paul Lissin, Annenstr. 30, dies anzudeuten, damit ihnen Karten unverzüglich zugesandt werden können. Wir bitten alle Verbandsmitglieder, die Vertrauensmänner auf diese Mahnung aufmerksam zu machen und dieselbe zu bekräftigen. 112/8 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Puker!

Den Pukern Berlins und Umgegend zur Kenntnismachung, daß das Bureau am Tage der Reichstagswahl, am 16. Juni, geschlossen ist. Ferner werden die Kollegen ersucht, sich recht thätig, besonders Vermittags, an der Wahl zu betheiligen. 133/2 Die Lohnkommission.

Handlungsgehilfen u. -Gehilfinnen!

Dienstag, den 14. Juni, abends 9 Uhr:

Oeffentl. Versammlung

im Vonschändischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Die Handlungsgehilfen und die politischen Parteien.“ 2. Diskussion. 3060b

Zahlreiches Erscheinen erbitet Der Vertrauensmann der Berliner Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Wird beschlossen, die öffentlichen Versammlung vom 12. d. M. treten vom 13. dieser Woche ab folgende Änderungen ein:

Jeder Akkordarbeiter hat pro Woche zum Streikfonds 50 Pf. zu zahlen, bedinglichen die Vagantarbeiter und Nachtarbeiter, während die Lohnarbeiter 25 Pf. zu entrichten haben. 33/9

In gleicher Zeit machen wir darauf aufmerksam, daß sämtliche Kollegen dem Gleiches vom 4. Mai bis zum obigen Termin nachzukommen haben. Wir hoffen nun, daß die Metzger der Bauarbeiter Berlins und Umgebung das gewöhnliche Entgelt bekommen werden und von jetzt ab ihren Verpflichtungen voll und ganz nachkommen wird. Besonders weisen wir an dieser Stelle darauf hin, daß es gerade die Vorarbeiter waren, welche sich an dem Sammelweien wenig oder gar nicht betheiligten. Die Lohnkommission.

Fordern Sie nur den vorzüglich schmeckenden preisgekrönten dänischen Kantabak

aus der größten Tabakfabrik Danemarks C. W. Obel, Kølberg und Kopenhagen. - General-Vertrieb für Berlin: Carl Röcker, Grüner Weg 8. 54048

Orts-Krankenkasse der Sattler.

Am 11. d. M. starb das Mitglied

Friedrich Schrang.

Die Beerdigung findet am 14. d. M., vormittags 10 Uhr, von der Leichenhalle des Kronenbundes Urban aus nach dem Emmaus-Kirchhof in Brigg statt. S. A.: N. Dittberner.

Dankagung.

Für die große Theilnahme bei der Beerdigung meines Vaters, des

Charlottenburger Carl Eutin,

sage ich den Kollegen der Firma Knud u. Marcus, Berlin, und der Firma Wehr, Krüger u. Co., Adenau, im Namen der Verwandten unseren tiefgefühlten Dank. 3060b

H. Lindstädt, Mantelkellerstr. 78.

Dankagung.

Allen Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Pianofabrik von Herzsch, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband und der Central-Krankenkasse der Tischler (Hilflose O) sage ich unsern herzlichsten Dank für die Theilnahme am Begräbnisse meines unvergesslichen Vaters.

Die hinterbliebenen Söhne Paul, Frieda u. Otto Balce.

Robriter Straße zum 15. Juni oder 1. Juli Mantelkellerstr. 115, 4 Tr. bei Frau Winkelmann.

Kranzbinderi u. Blumenhandlung von 69450* Robert Meyer, No. 2, Mariannenstr. No. 2.

Wohnungs-Kränze, Guirlanden, Ballkränzen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Für 36 Mark fertige keine Kränze nach Maß, für 30 M. f. Sommerpaletts nach Maß, für 8-12 M. keine Hosen nach Maß.

Riesenkofflager Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Montag, den 27. Juni 1898:

Großes Sommerfest in der Neuen Welt, Hasenhaide.

Gr. Konzert. Auftreten sämmtlicher Spezialitäten. Großes Feuerwerk. Fackelpolonaise. Kinderbelustigungen aller Art: Grosser Sommernachts-Ball.

Herren, welche am Tag theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Ausfall des Konzerts 4 Uhr. Billet 25 Pf. 81/12

Jedes Kind erhält zwei Buns für Stockbrot und Karouffel. Billets sind auf allen Zählstellen und im Arbeitsnachweis, Annenstr. 30, zu haben.

Zur Beachtung! Am 16. Juni bleibt der Arbeitsnachweis geschlossen. Die Ortsverwaltung.

Möbel Theilzahlung. J. Keilermann, Jacobstr. 20.

Arbeitsmarkt. Achtung! Achtung! Holzarbeiter.

In der Möbelfabrik von Rückwardt & Riegel, Wienerstr. 50, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Bezug ist fernzuhalten. 81/11

Achtung, Parkettbodenleger.

Die Kollegen der Firma von Kuhnert u. Kühne, Mariannenstraße, haben die Arbeit niedergelegt. 81/11

Lebensversicherung.

Belegnete Personen zur Acquisition von kleinen und großen Lebensversicherungen für eine durchaus solide und konkurrenzfähige Versicherungsprämie finden jederzeit Anstellung gegen hohe Provision und event. Wochen- od. Monatsstipendium. Nur respektable Bewerber wollen sich melden unter „G. 290“ an Max Garstmann's Annoncen-Bureau, Berlin W. 9.

Kranken-Zuschnüßläge

stelt Arbeitern u. Handwerklern guten Nebenverdienst als Agenten. Zahlstellen sind in allen Stadttheilen und den Vororten zu besetzen. Gartenstr. 79.

In Lederpunzer finden dauernde Beschäftigung bei O. Schollin, Trautenstr. 119, 24/12*

Blätterinnen

Mit Stroh- und Kautschuk, Manich, Servietten fest ein Felix Karpe, Grüner Weg 119, 3 Tr. 3921b

Arbeiterinnen

auf Oberhänden, Einschleibehänden, junge Mädchen für leichte Handarb. Wäscheabthl. Oberwasserstr. 10 II. Goldbleiben-Grundriber verl. Carl Biescher, Altbeckerstr. 24. Wir suchen Schriftmaler, welche im Glasbildern-Schreiben tüchtig sind. Otto Grand & Co., Fischerstraße 17. 3948b

Rithographen

gehucht für Retouche anastattischer Kundrücke. Dauernde Beschäftigung. 3948b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 14. Juni.
Opernhaus. Die Meisterfänger von Nürnberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. 1812. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lesing. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reizend. Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues. Billa Gabriella. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Lucia von Lammermoor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Thielemann's. Anf. 8 Uhr.
Zentral. Das Signal. Heinrich Heine. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Regener. Anfang 8 Uhr.
Offend. Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Atschin. Anfang 8 Uhr.
Belle Alliance. Kaiser Rothbart. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Die Kinder des Kapitän Grant. Anfang 8 Uhr.
Urania. Landenstraße 48-49. Rohrkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Passage, Panopticon. Theater Variété, Alpenglühen.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater (Wollner-Theater). Dienstag:
Thielemann's. Mittwoch: Zum ersten Male: **s'Jungferngift.** Donnerstag:
s'Jungferngift.
Offend-Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Vorzugsbillets haben Gültigkeit. Parquet 1 Mark.
Auf Sumatra Gr. Ausstattungsbild mit Gesang und Ballets in 12 Bildern v. Ch. Cabanant. Musik von H. Krause. Anf. 8 Uhr. Im Abend-Theater-Konzert-Garten: Gr. Spezialitäten-Vorstellung, Theater, Konzert. **Mr. Hano** mit seinen elektrisch. Automaten. Anf. 5 1/2 Uhr. Täglich: **The Garretton.** Opern- und Musik (9 Pers.): Die verunglückte Droschkenfahrt. Gr. Antontomie. Garten: Passé-partouts haben Gültigkeit. Sonnabend: II. Gr. Sommer-nachfest.

Apollo-Theater. Täglich um 9 Uhr:
Don Juan in der Hölle. Phantastische Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson, Musik von Wilh. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück. Ferner:
12 hervorrag. Spezialitäten. Vor der Vorstellung:
Grosses Garten-Konzert. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr, Anf. der Vorst. 8 Uhr.

Reichshallen Leipzigerstraße 77.
Größtes und schönstes Garten-Theater. (Bei ungünstiger Witterung im oberen großen Theateraal.) Haben Sie
Wilhelm-Kalberg-Agoston-Ensemble gesehen? - Um 10 Uhr:
Hella Collier! Anherdem:
20 erste Spezialitäten. Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr. **Entree 50 Pf.** Familien-Vorzugsarten gültig.
Pahlmann's Vaudeville-Theater Inhaber F. Pahlmann, Schönig. Allee 148, Kottbus. Allee 97/99. Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung mit stets neuem Programm.

Prater-Theater, Kastanien-Allee 79. Täglich: **„Friede auf Erden.“** Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schulz. Musik v. E. Lerchen. Eugenie Fornes, Kottbus. Gehr. Milano, Grottesque-Quett. Orani Troupe, Musik. Orchestre. The 3 Wartons, Parterre-Altkablen. Mr. Barna mit 4. dreh. Rollen. Ballet. **Pantomime, Konzert und Ball.** Anf. 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., refero. Play 50 Pf.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Vorm. ab. **Eintritt 50 Pf.** Abends 8 Uhr: Vom Mitternachts zur Jungfrau. **Invalidenstrasse 57-62.** Täglich: Sternwarte, Opern-Telephon. **Eintritt 20 Pf.** (Gutsch. ungültig.)

Passage-Panopticon. **Theater Variété** ohne Extra-Entree. **Neu! Alpen-glühen.**

Castan's Panopticon. Friedrichstr. 105.
Salambo die schöne Schlangenbändigerin.

W. Noack's Theater Brunnen-Strasse 10. Täglich im schönen Garten: **Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** **Die Stadtrathwahl.** Pöffe mit Gesang und Tanz von Bender u. Herrmann. Musik von Adolf Noack. **Novität!** **Japanleichen** oder: **Die kleinen Geishas.** Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz von Walter Gerde. Musik von Wappaus. **Am Saale: Grosser Ball.**

Victoria-Brauerei Lützow-Strasse 111/112 (nahe Potsdamer Platz). **Garten resp. Saal.** **Heute sowie täglich: Stettiner Sänger** (Wechsel, Vietros, Britten, Steidl, Krone, Köst, Schneider und Schröder).

Concerthaus Leipzigerstr. No. 45. Letzte Saison vor dem Abbruch. Täglich: **Hoffmann's Quartett und Humoristen.** Eine Marinevorlage. Anfang: **Wochentags 8 Uhr.**

Ostbahn-Park, Am Küstriner Platz. Größtes Vergnügungs-Etablissement des Ostens, mit neuerrbauten prachtvollen Festsälen. Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Anfang des Konzerts: **Wochent. 8 Uhr, Sonntag 4 Uhr, Wochent. & Berlin 10 Pf, Entree: Sonntag 20 Pf, Rand. 10 Pf.**

Wedding-Park Müller-Strasse 178. **Jeden Dienstag:** **Norddeutsche Sänger** Hegler, Wolff, Hohenberg etc. **Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.**

Jeden Dienstag: **Norddeutsche Sänger** Hegler, Wolff, Hohenberg etc. **Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.**

Ausstellung am Kurfürstendamm.
CARL HAGENBECK'S INDIEN
Mittwoch, den 15. Juni:
Grosses Militär-Doppel-Konzert mit verstärkten Orchestern.
Gr. Gala-Vorstellungen der Indier um 4, 6 u. 8 Uhr. Mit eintretender Dunkelheit: Gr. Massenaufzug der Brahminen mit Tempel-Elefanten, heiligen Zebus etc. durch die Gänge der Ausstellung bei gr. bengalischer und Fackel-Beleuchtung.
Entree 50 Pf., Militär 25 Pf.

Auf nach
Warlich's Paradies-Garten, Schönhauser Allee 131. 53402*
Täglich Frei-Konzert im großen schattigen prachtvollen **Obstgarten** einzig in seiner Art.
Gutgepflegte Biere. Kaffeehaus. Bedienung. Angenehmer Aufenthalt. Um zahlreichen Besuch bittet **Wilhelm Warlich.**

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. **Schweizer Garten.** **Am Friedrichs-Thor. Haltestelle der Ringbahn.**
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung, Volksbelustigungen. **Im Saale Ball.** **Ein Wochentag freier Namentanz.** Auch in die Kassefische von 3-6 Uhr geöffnet. **Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.** **Billets zu erwählten Preisen in Handlungen.** **Zur Beachtung!** Größeren Vereinen empfehlen wir unser **Stabliement (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends).**

Adolph Neumann's Sommergarten Brunnenstraße 150.
Jeden Sonntag: Grosses Garten-Freikonzert. Zwei verdichtete Regelmäßigkeiten. **Schöner Garten im Norden.** Die Kassefische ist von 3 Uhr an geöffnet. **Anfang des Konzerts 4 Uhr.** **Am Wochentagen ist Garten und Saal, 2000 Personen fassend, an Vereine zu vergeben.** **Wochentags Sonnabende sind noch frei.** 52603*

Max Klem's Sommer-Theater, Gajenhäide 14/15. - Artistischer Leiter: **Paul Milbitz.** Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung **Barsikow-Troupe - Rossini-Trio - Little Elfrida.** **Georg Fischer, Weberländer; Franz Wunsch, Soubrette; Karl Gursch, Tanz-Parodist; Martha Reinschagen; Tutti Belmonte.** **Neu!** **Das Blumenmädchen vom Morisplatz.** **Neu!** **„Hohe Gäste.“** **Rossum-Duquoy in 1 Akt von Belli.** **Vor und nach der Vorstellung: Grosses Doppel-Konzert.** **In den beiden Sälen: Grosser Ball.** **Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr.** **Max Klem.**

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Vortrags- sozialistischer Führer.** **Vasalle, Warr etc. in Aquarellmalerei, Bleien, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Bällen, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preisfabrikant.)**
Blusen, Kittel, Jacken etc. für alle Gewerke. Schutzkleidung für jeden Beruf. **Verarbeitung der besten Stoffe. Preise sehr billig.**
En gros. En detail.
Louis Rosenthal, Berlin C., Kurzstrasse 4, 1 Tisch. **Spezialfabrikation von Arbeitswäsche. (direkt am Aueranderplatz.)**

Direkt von Aachen! **der ersten Tuchfabrikstadt Deutschlands, versenden wir zu bekannt billigen Preisen berühmte prämierte Aachener und andere erstklassige Anzüge, Paletots etc. in unüber-treffl. Auswahl.** **Tausende Empfehlungen** und die stattliche nachweisbare Anzahl von ca. 30 000 Kunden beweisen unsere hervorrag. Leistungsfähigkeit. **Muster vom Einfachsten bis Hochfeinsten franko an jedermann.** **unsere berühmte Spezialität, echtfarbig, rein-wollig, modern, 3 Meter zum gediegenen Anzuge 12 Mark!** [23/17*] **Wilkes & Cie., Tuch-Industrie, Aachen No. 78.**

Werkstatts-Bekleidung für jedes Gewerk **kauft man gut und billig bei** [5187*] **Adolf Wecker, Mollenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.**

Einst und jetzt! **Ach, jetzt sind ja des Waschtags Plagen Viel leichter als wie sonst zu tragen, Denn jeder Laden hält ja feil: Jetzt den Extrakt von Karol Weill!** **Das Vorzüglichste zur Toilette ist Karol Weill's „Karola“, Lieblingseife der Damen.**
Rohtabak: Kottbuserstr. 3a, nahe Sanssouci, Carl Roland, **wirkt, geh. Rath erhält jedermann, wie man eine gute Cigarre billig zusammenstellen kann. Ich offerire heute: Sumatra, tabelloser Brand, enorme Deckfähigkeit, per 100 nur M. 3.20.**

Achtung! Achtung!
Feldschlößchen. **Die Sonntage der Winterfalken sind an Theatervereinen zu vergeben.** 52472* **Fritz Nagel.**
4 1/2 Pd. Brot 50 Big. **Albrecht's Bäckerei, Drangelstr. S. Langestr. 26.** **Goldenheiser, 28. Sauerstr. 2.** **Gasthof, Koch 6, Dreiloch 15, Gledratofen 10 Pd. Gledratofen billig.** 39095*

Wohlauer, 26/27, Wallnertgasterstraße Nr. 26/27.
Sopha Stoffe auch **Reffe** in **Dips, Damast, Gröpe, Phantase, Gobelins und Tischspottbillig!** 40712* **Proben franko!** **Läuferstoffe** in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. **Berlin S., Emil Lefèvre, Cranienstr. Nr. 158.**

Für 2-3 Mark **Reife sehr groß, zu Knabenanzügen, Reife zu Herrenanzügen, schöne Muster 7-10 Pd. Für 12 Pd. 8. Cheolot auch Kammgarne, Paletots und Sosenreife so lange der Vorrath reicht** **im Riesenstofflager** **Cranienstr. 14, I., kein Laden.**
Möbel **verliehen gewasene und neue, stannend billig. Teilzahlung gestattet. Besuchen ohne Anzahlung.** 49952* **Neue Königstraße 59** **und Gneisenaustraße 15.**

Man trinke:
Original-Löwenbitter **Das beste für den Magen.** **In Flaschen à Mt. 0,60, 1,10 u. 1,80.** **Wie im Ausdank überall zu haben.** **Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.** [50452*] **R. F. Mittelstädt** **Weinhandlung und Vikar-Gabrit N., Brunnenstr. 152.**

Fahrräder **Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf** 49992*
Theilzahlung ohne **Preidrehhöhung** zu den **taufanleihen** **Zahlungsbedingungen.** **Reparatur-Anhalt.** **Adomeit & Landau,** **Lothringerstraße 48 I,** **dicht am Rosenthaler Thor.**

Der Tod **ist ohne Gnade über allen Wanzen sammt deren Brut durch das sofort sicher tödende „Concentrirte Wanzen-Gift“ in Flaschen zu 50 Pf., Mt. 1,00, 2,00, 3,00 und** **Atterfische Mt. 5,00. Spritz-apparat 50 Pf. Verbindert dauernd jede Wiederkehr, durchdringt Wanzen und Stoffe und zerstört alle Nester bis auf den letzten Rest. Hinterläßt nirgends Flecke. Ist völlig geruchlos und nicht feuergefährlich. Der**
Zeisel **holt auf der Stelle alle Schwaben mit einem der ganzen Brut bei der geringsten Verührung mit „Poudre Martial“ in Badeten zu 50 Pf., Mt. 1,00, 2,00 und das Wand Mt. 4,00. Tödtet ohne kein zweites Mittel absolut sicher.** **Einzig mögliche Androhung und totale Vernichtung. Garantie für radikalen Erfolg! Glänzende Auerkennungen bis aus den fernsten Ländern.** **Viele atterwährten gefehl geschügten Special-Mittel sind einzig und allein nur direkt zu haben bei** [5187*] **Otto Reichel** **Berlin SO., Sijenbahnstr. 4** **gegenüber der Marktalle.** **Nirgends weiter! Alle Be-stellungen sofort frei nach jeder Wohnung.** **Kernsiederer Kant IV, Nr. 3190.**

Arbeitsanfrage **W. Fahr** **Brunnenstr. 112.**

Leder-Hosen

Schlosser-Blousen **Blau gestreifte Re-gatta-Stoffe** **1 Mk. 75**
Ge-streifte **Mittel-starker Moleskin** **2 Mk. 50**
streifte **Sehr fester Moleskin** **3 Mk. 75**
Leder-Hosen **Dickes festes Leder** **4 Mk. 75**
Hosen **Prima Leder** **6 Mk. 25**
Ein-farbige **Mittel-starker Moleskin** **2 Mk. 50**
Leder-Hosen **Sehr fester Moleskin** **3 Mk. 50**
Hosen **Dickes festes Leder** **4 Mk. 50**
Hosen **Prima Leder 9-6 Mk. 7,50 bis**

Baer Sohn **Als Maass genügen Leib-weite und Schrittlänge.** **Chausseestr. 24a Brückenstr. 11** **Gr. Frankfurterstr. 16.** **Aufträge v. 20 Mk. an franco.** **Obige Preise gelten für normale Figuren.**
Umsonst **erhält Jedermann** **das 11. reich illustrierte Preisbuch mit 12 Seiten Inhalt.**

Feuerstein's Festsäle **Alte Jakobstrasse 75. 7** **Jug. Marlin Herzberg.** **Grosse und kleine Säle zu** **Versammlungen, unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen**

Bad Monbijou **Poliklinik (ärztl. Leitung)** **für Kräuter- und Wasserkur, Nerven-, Magen-, Lungen-, Haut-, Harn-, Rückenmarks-, Beinleiden, Hämorrhoiden, Rheuma, Ischias.** **Poliklinik 10-12. Klinik 4-6.** **Gr. Hamburgerstr. 20**

Dr. med. Schaper, **prakt. Homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden, Frauenkrankheiten.** **Spr. 9-11, 4-8.** **Schöneberger Ufer 25.** **Homöopath. Poliklinik:** **Montag, Mittwoch, Sonnab. Ab. 7-8.** **Große Hamburgerstr. 20, I.**

Sommerproffen **gründl. in kurz Zeit zu entwer. M. 2,50.** **Gesichtspickel, Mitesser, Gantrothe, schnell und radikal zu bes-zeitigen M. 2,-. Franks gegen Briesm' oder Roken. Garantie für Erfolg und Rückzahlung. Viele glänzende Dankschreiben. Nur direkt d. [4744*] **Reichel, Spezial, Berlin, Sijenbahnstr. 4.**
Haut- und Harnleiden **neit gründl. Homöop. Haedecke, Rosenthalerstr. 23. 9-11, 3-5.** **Lexica** **u. Kener u. Grottesque, sowie jedes andere brauch-bare Buch, auch Romane, abelhaft hohe Bezeichnung. Einkauf, Verkauf (sofortige Abholung). 067*** **Antiquariat** **Rosenthalerstr. 11/12.** **Grüntrangehäst mit Bortok u. Halle verhältnißl. Blumenkr. 60.** **Papiergeschäft, Buchbinderei Licht, auch bei Simon, Sappenzstr. 35 II.** **Wiederverkäufer** **für einen gut gehenden Wirtschaft-artikel sofort gesucht. Rosenstr. 10, F. 4 an die Exp. d. Bl.****